

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatoresches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanting, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verbands-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 80 A.
Zeichens-Preisliste Nr. 8124.

Inhalt: Der sozialdemokratische Parteitag. — Das Verbrechen als soziale Erscheinung. — Mauererbewegung; Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. — Besantimlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiter-Tätigkeit. — Subventionen z. Bau von Schiffsbau-Anlagen. Die Geschäftstage der Baugewerke in der Schweiz im Jahre 1900. — Aus anderen Berufen. — Gewerliche Rechtspflege und Arbeiter-Vertretung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Briefen. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Zentralverband der Maurer. — Abrechnung des Mauerverbandes für das 2. Quartal 1901. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Der vom 22. bis 28. September in Lübeck stattfand, war von 205 Delegierten aus allen Theilen Deutschlands besucht. Außerdem nahmen an demselben Theil Vertreter der österreichischen, französischen, holländischen und schweizerischen Parteigenossen, sowie der größere Theil der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Mitglieder des Parteivorstandes und die Kontrolleure der Partei. Seitens der Lübecker Parteigenossen war Alles aufgegeben worden, den Teilnehmern den Aufenthalt in Lübeck so angenehm wie möglich zu machen, wofür sie des Dankes aller Teilnehmer gewiß sein dürfen. Es war erhebend, zu beobachten, in welcher hohen Maße die gesammte arbeitende Bevölkerung der alten Hansestadt mit dem Parlament der deutschen Sozialdemokratie sympathisirte.

Nachdem, und zwar zu einem Theil in geschlossener Sitzung, der Geschäftsbericht des Parteivorstandes seine Erledigung gefunden hatte, trat man ein in die Verhandlungen über den sogenannten „Affordmaurerstreik“. Es war ein glücklicher Gedanke, daß der Parteitag den Beschluß faßte, diese Verhandlungen durch Erstattung eines Referats und eines Korreferats einzuleiten zu lassen. Das Referat war dem Genossen Bömelburg übertragen und wurde dasselbe von ihm in 1 1/2 stündiger Rede unter entschiedenster Wahrung des von uns vertretenen bekanntem Standpunktes erledigt. Bömelburgs Ausführungen gingen in der Hauptsache dahin, daß das Verbot des Schiedsgerichts und der Kontrolleure der Partei ein unzulässiges, auf Verneinung resp. unrichtiger Beurtheilung der Thatsachen beruhendes sei. Scharf hob der Referent hervor, daß die Mauererorganisation weit davon entfernt sei, anläßlich dieses bedauerlichen Streitfalles einen Gegenstoß zwischen Partei und seiner Organisation konstruieren zu wollen. Es handelte sich lediglich darum, Handlungen zu verurtheilen, die ebenso sehr gegen die gewerkschaftlichen Interessen, wie gegen die Interessen der Partei verstoßen. Die Affordmaurer in Hamburg-Altona hätten nicht nur durch das ihnen zur Last gelegte Verhalten direkt sich einer schweren Verfehlung schuldig gemacht, viel schwerer fallen vielleicht in's Gewicht die indirekten Wirkungen dieses Verhaltens, die in der Folgezeit im Kampfe mit dem Unternehmertum sich äußern würden. Er, Redner, zweifelte nicht daran, daß die schiedsrichterlichen Instanzen ihr Verbot in besserer Ueberzeugung abgegeben hätten; aber diese Ueberzeugung sei eine vollständig irrige und der Parteitag verpflichtet, gegen dieselbe in bündiger Weise Stellung zu nehmen.

Der Korreferent, Genosse Auer, vertrat in ebenso langer Rede den Standpunkt der schiedsrichterlichen Instanzen, als den nach Maßgabe der Verhältnisse und des Organisationsstatuts richtigen. So sehr das Verhalten der Affordmaurer auch verurtheilt werden müsse unter dem Gesichtspunkte der gewerkschaftlichen Disziplin, so müsse man doch die ruhige und objektive Erwägung gelten lassen, daß die Schiedsrichter die überaus schwierige Aufgabe gelobt hätten, in einem Falle, der noch niemals an die Partei herangetreten, Recht zu sprechen, und zwar unter Würdigung aller in

Betracht kommenden Thatsachen und Verhältnisse. Der ganze Streitfall sei so geartet, daß der Parteitag unmöglich dem Wunsche, die betreffenden Affordmaurer aus der Partei auszuschließen, Rechnung tragen könne; es würde damit ein Präjudiz geschaffen, dessen Konsequenzen sowohl für die Partei als auch die Gewerkschaften höchst bedenkliche sein müßten. Die Schiedsrichter beider Instanzen hätten ihr Urtheil in gewissenhafter Weise sich gebildet, nicht leidenschaftlicher Erregung, sondern lediglich der ruhigen, sachlichen Erwägung folgend. Scharf kritisierte der Redner die gegen ihn und die übrigen Schiedsrichter gerichteten leidenschaftlichen Angriffe einzelner Blätter und Personen, die theilweise so unerbötig gemessen seien, daß man wohl hätte auf den Gedanken kommen können, es sei eine auf Verberührung eines Gegenstoßes zwischen Partei und Gewerkschaft gerichtete Strömung vorhanden. Worauf es allein ankomme, sei die Thatsache, daß die Schiedsrichter in dem an sich durchaus zu verurtheilenden Verhalten der Affordmaurer nicht auch zugleich das Kriterium des Streikbruchs respektive einer ehrlosen Handlung im Sinne des Organisationsstatuts der Partei hätten erblicken können.

An der den Referenten folgenden Debatte betheiligten sich eine große Anzahl von Delegierten, theils gegen, theils behingert oder unbedingter Weise für den Schiedspruch. Von den zur Debatte eingezeichneten 45 Rednern gelangten nur 12 zum Wort, da der Parteitag in Rücksicht auf das Schlußwort der Referenten glaubte von einer weiteren Ausdehnung der Debatte abzusehen zu dürfen. In ihren nahezu drei Stunden in Anspruch nehmenden Schlusssausführungen vertraten beide Referenten nochmals ihren Standpunkt.

Es lagen zu der Sache 15 Anträge und Resolutionen vor, deren Erledigung folgenden Verlauf nahm:

Abgelehnt gegen wenige Stimmen wurde zunächst folgende Resolution:

Die Mitgliederversammlung des Distrikts Eilbek (3. Hamburger Wahlkreis) richtet an den Parteitag das Ersuchen, sich in Sachen des Ausschusses der Affordmaurer nicht auf den Standpunkt des Schiedsgerichts und der Kontrollkommission zu stellen. Die Handlungsweise der Affordmaurer wird von der großen Mehrheit der Hamburger Parteigenossen als eine erscholte betrachtet und der Parteitag deshalb ersucht, im Interesse der geüblichen Weiterentwicklung der Parteiorganisation in Hamburg den in mehreren Versammlungen angenommenen Ausschlußantrag zu bestätigen.

Die Delegierten Käppler, Regien und Genossen beantragten:

Der Parteitag erklärt: Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedspruch wird aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an die 1. Instanz, die Hamburger Parteibereine, zurückverwiesen.

Zu diesem Antrage wurde folgendes zu einem Antrage von Stanting gestelltes Amendement auf Vorschlag Hoch-Hanau hinzugezogen:

Dem Antrag Käppler hinzuzufügen: Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Verbot sich von der ethischen Pflicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rüchlichlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diese Instanzen aus ihrem Verbot ein Vorurtheil nicht zu machen ist.

Dieses Amendement wurde mit großer Mehrheit angenommen, jedoch der Antrag Käppler in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Entscheidung fiel sodann bei folgender Resolution Fischer-Verlitt:

Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten klassenbewußten deutschen Arbeiterkraft stimmt mit dem auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirklichsten Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rüchlichlichen Verurtheilung des Streikbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streitbruch mit aller Energie bekämpfen und abgrenzen müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die

Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschläßen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschläßen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen. Der Parteitag erklärt, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteistatuts und dem ihm vorgelegten Thatsachenmaterial zu keinem anderen Beschluß als dem gefällten Urtheil gelangen konnte.

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteioorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Affordmaurer unterstützen können, und namentlich inwiefern sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteioorganisationen für möglich halten.

Diese Resolution wurde nahezu einstimmig (gegen 3 Stimmen) angenommen, mit der Abänderung, daß an die Stelle ihres Absatzes 4 das oben mitgetheilte Amendement Stanting trat. Mit dieser Abstimmung hatten alle anderen bezüglichen Anträge ihre Erledigung gefunden. Auf Vorschlag des Genossen Bernkein beschloß der Parteitag mit 117 gegen 110 Stimmen noch folgende generelle Erklärung:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Wahrung der Beschläße der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundgesetzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampfe durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündnisse zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstoßt wider das dorentwidelt Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren.

Damit war die „Affordmaurerangelegenheit“ erledigt. Hoffen wir, daß mit dieser Erledigung auch der unerquickliche und schädliche Streit, den diese Angelegenheit zwischen Partei und Gewerkschaft herbeigeführt hat, zu Ende gekommen ist.

Das Verbrechen als soziale Erscheinung.

I

Der Zusammenhang zwischen Verbrechen und sozialer Noth ist durch verschiedene Untersuchungsmedoden erwiesen worden; so ist namentlich ein unabweisbarer Parallellismus zwischen Getreidepreisen und Vermögensverlusten nachgewiesen worden. Besonders beweiskräftiges Material dafür, daß die wirtschaftliche Noth und die in Verbindung damit auftretende geistige und sittliche Verarmung die Hauptursache des eigentlichen Verbrechenssumms ist, liefern die in Preußen geführten amtlichen Untersuchungen über die Verhältnisse der rückfälligen Zuchthausgefangenen, wie solche für die Jahre 1896, 96 und 97 im Anfange des vorigen Jahres amtlich veröffentlicht wurden. Wir haben sie feinerzeit gewürdigt, wollen sie aber in diesem Zusammenhang nochmals kurz skizzieren.

Von den 18 049 rückfälligen Zuchthausstrafen, die gezählt wurden, hatten 16 355 vor ihrer letzten Verurteilung nur ein Einkommen bis zu M. 900. Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen waren bei 15 906 die Ursache der letzten Verurteilung und bei 14 121 waren die gleichen Delikte die Ursache ihrer ersten Verurteilung. Bei Vergehen ihrer ersten Strafthat standen 6086 im Alter von unter 18 Jahren und es wurde bei 8608 festgestellt, daß vor Vollendung des 18. Lebensjahres eine empfindliche Störung der häuslichen Verhältnisse durch Verlust des Vaters, der Mutter oder beider Eltern eingetreten war. Es befanden sich unter den Geziählten 4980 Gemüthskranker und 3085 Dürftiger; von den weiblischen trieb mehr als ein Viertel gewerkschaftliche Unzucht. Fast ein Viertel der weiblischen hatte unehelich geboren und weniger als ein Drittel der weiblischen Mütter war verheiratet. Hinsichtlich der Schulbildung ist festzustellen, daß 10 080, das ist mehr als die Hälfte der Geziählten, theils mangelhaft, theils gar keine Schulbildung genossen hatten. Es wurden schließlich 94 pzt. dieser Opfer der Gesellschaft als solche bezeichnet, bei denen der abermalige Anfall wahrscheinlich ist. Die Minderjährigen also, die die preiswürdigen Zuchthäuser besetzten, sind fast ausschließlich Leute, die in Noth und Elend, meist von Kindheit auf, dahingeleben, die meist nur mangelhafte Erziehung und Schulbildung genossen, die geordneter häuslicher Verhältnisse entbehren und deren Einkommen, wenn sie in Freiheit sind, sich auf den untersten Stufen bewegt.

Auch wenn man untersucht, wo die meisten Straftaten begangen werden, kommt man zu ähnlichen Resultaten. Die jüngst erschienenen Bearbeitung der Kriminalstatistik für das Deutsche Reich für die Jahre 97 und 98 gibt eine Uebersicht über die Gesamtcriminalität sowie die Diebstahlscriminalität im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1897, getrennt nach kleineren Verwaltungsbezirken, aus der wir für das Reich im Ganzen, Es ergibt sich daraus, daß der meiste Theil des Reiches, der die ungünstigsten Verhältnisse hat, auch die höchste Criminalität, namentlich aber die höchste Diebstahlscriminalität aufweist. Auch die Zahlen für das Jahr 1898 ergeben ganz ähnliche Resultate. Das Jahr 1898 ist uns für die nachfolgenden Untersuchungen besonders wertvoll. Eine gewisse Sorte Presseorgane, die die Aufgabe haben, die Ausbeutung der Volksmassen durch Agrarier und Großkapitalisten mit dem Heiligenschein christlicher Moral zu umgeben, sieht es auch als ein geeignetes Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgabe an, die Sozialdemokratie für das Verbrechen und Vergehen verantwortlich zu machen. Das soll die Aufmerksamkeit von den wahren Ursachen ablenken. In Wirklichkeit ist der Sachverhalt gerade umgekehrt. Mangelhafte Bildung ist nicht die Hauptursache der Verbrechen, und Bildung und Aufklärung allein vermögen sie nicht zu beseitigen; aber soweit ein solcher Zusammenhang besteht, läßt sich auch nachweisen, daß gerade in den Bundesstaaten, wo die Sozialdemokratie mit ihrer Aufklärungsarbeit erfolgreich gewesen ist, auch die Criminalität am geringsten ist. Wir wählen deshalb das Jahr 1898, weil in diesem Jahre die letzten allgemeinen Reichstagswahlen waren und die genaueste Vergleichung zwischen den Zahlen der Kriminalstatistik und denen der Wahlstatistik möglich ist.

In den folgenden Tabellen werden stets die im Jahre 1898 verurtheilten Personen, gezählt an Orte der That, auf 100 000 Einwohner berechnet. Die Einwohnerzahl ist gewonnen durch Vergleichung der Zählungen von 1895 und 1900 unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerungsbewegung in jedem der fünf Jahre gleich war. Unter dieser Voraussetzung wurden wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze überhaupt verurtheilt in den preussischen Bundesstaaten:

| | |
|------------------------------|------|
| 1. Provinz Westpreußen | 1261 |
| 2. „ Schlesien | 1080 |
| 3. „ Ostpreußen | 1072 |
| 4. „ Posen | 1053 |
| 5. „ Brandenburg mit Berlin | 1011 |
| 6. „ Pommern | 909 |
| 7. „ Brandenburg ohne Berlin | 868 |
| 8. „ Sachsen | 836 |
| 9. „ Hannover | 703 |
| 10. „ Rheinland | 680 |
| 11. „ Hessen-Nassau | 647 |
| 12. „ Westfalen | 642 |
| 13. „ Schleswig-Holstein | 642 |

Königreich Preußen 874

Für die Reichstagswahlen ergibt sich, wenn man die sozialdemokratischen Stimmen in Hunderttheilen der abgegebenen gültigen Stimmen berechnet, folgende Reihe:

| | | |
|-----------------------------------|------|----|
| 1. Provinz Brandenburg mit Berlin | 44,5 | 15 |
| 2. „ Schleswig-Holstein | 39,0 | 5 |
| 3. „ Brandenburg ohne Berlin | 35,6 | 7 |
| 4. „ Sachsen | 34,6 | 8 |
| 5. „ Hessen-Nassau | 31,0 | 11 |
| 6. „ Hannover | 26,6 | 9 |
| 7. „ Schlesien | 22,4 | 2 |
| 8. „ Ostpreußen | 18,2 | 3 |
| 9. „ Westfalen | 17,7 | 12 |
| 10. „ Pommern | 17,2 | 6 |
| 11. „ Rheinland | 15,0 | 10 |
| 12. „ Westpreußen | 5,0 | 1 |
| 13. „ Posen | 1,7 | 4 |

Königreich Preußen 24,2

Sieht man diese Reihen an, so findet man auf den ersten Blick, daß in den industriearmen Gegenden des Ostens mit anerkannt schlechten Erwerbsverhältnissen die ungünstigsten Kriminalitätsverhältnisse herrschen, während die industriereichen Gegenden mit hohen Löhnen eine viel geringere Anzahl bestraffter Personen zeigen. Ebenso zeigt sich, daß nicht dort die ungünstigsten Kriminalitätsverhältnisse herrschen, wo die Sozialdemokratie am stärksten vertreten ist, sondern daß das Verhältniß zumeist umgekehrt ist. Es liegt uns natürlich fern, die Frage nach den Ursachen des Verbrechens ganz ohne Rest auf die einfache Formel: Noth und Unbildung bringen zu wollen; die moderne menschliche Gesellschaft ist ein viel zu komplizirter Mechanismus, um ihre Lebensäußerungen durch ein oder zwei Formeln zu erklären. So, und nur einen Umstand zu erwähnen, giebt die tiefenartige Menschenansammlung, wie sie Berlin und seine nähere Umgebung zeigt, der hier herrschende starke Verkehr, eine Menge Anlässe zu Gelegenheitsverbrechen, die nirgendwo sonst wieder in diesem Maße auftreten. Es finden Gewohnheitsverbrecher nirgends so bequemen Unterschlupf und nirgends so günstige Gelegenheit zu neuen Verbrechen, wie hier. Wenn trotzdem hier noch weniger strafbare Handlungen vorkommen, wie in den übrigen, so dünne bevölkerten Bundesstaaten, so beweist das gerade die Wichtigkeit unserer Annahme von den Hauptursachen des Verbrechens. Und wie in den preussischen Bundesstaaten, so in den übrigen Theilen des Reichs. Es betrug die Criminalität in den außerpreussischen Reichsgebieten:

| | |
|-----------------------------------|------|
| 1. Königreich Bayern | 1115 |
| 2. Die 11 norddeutschen Staaten | 857 |
| 3. Großherzogthum Baden | 800 |
| 4. Königreich Württemberg | 798 |
| 5. Die acht holländischen Staaten | 777 |
| 6. Großherzogthum Hessen | 770 |
| 7. Elsaß-Lothringen | 723 |
| 8. Königreich Sachsen | 702 |

Deutsches Reich 868

Bei den Reichstagswahlen 1898 aufziehen von 100 abgegebenen gültigen Stimmen auf sozialdemokratische Kandidaten:

| | | |
|---------------------------------|------|---|
| 1. Königreich Sachsen | 49,6 | 8 |
| 2. Die 11 norddeutschen Staaten | 44,5 | 2 |
| 3. Die 8 holländischen Staaten | 44,1 | 5 |
| 4. Großherzogthum Hessen | 33,9 | 7 |
| 5. Elsaß-Lothringen | 22,7 | 6 |
| 6. Königreich Württemberg | 20,4 | 4 |
| 7. Großherzogthum Baden | 18,9 | 3 |
| 8. Königreich Bayern | 18,1 | 1 |

Deutsches Reich 27,1

Sier ist die umgekehrte Parallellität zwischen Criminalität und sozialdemokratischer Stimmung abzuwecheln. Diese ist genau zu konstatieren; für die Untersuchung der elf norddeutschen Staaten für die auf für Berlin-Gebiete hingewiesen. Nehmen wir die drei Ost- und Handelsstädte Hamburg, Bremen und Lübeck mehr als ein Viertel, beinahe ein Drittel der Gesamtbevölkerung der 11 Bundesstaaten auf. Die Zahlen für Bayern und Baden zeigen auch, wie wenig der dort herrschende Merkantilismus im Stande ist, einen besondern Einfluß auszuüben. Schon diese Gesamtzahlen sind charakteristisch genug, um zu zeigen, daß es eine übertriebene Sehnsucht ist, die Sozialdemokratie für Verbrechen verantwortlich zu machen. Dabei sind natürlich in der Gesamtsumme der Verbrechen und Vergehen eine ganze Anzahl, von denen selbst die Sozialdemokratie der Unternehmerrasse nicht bezaubert werden, daß daran die Sozialdemokratie schuld sei, die aber andererseits gerade in industriereichen und stark bevölkerten Gegenden am häufigsten vorkommen müssen, wie beispielsweise alle die Verletzungen der Arbeitergesetz-Vorschriften, wie überhaupt die meisten der Verbrechen, die nicht auf Grund des Strafgesetzbuchs, sondern auf Grund anderer Reichsgesetze strafbar sind. In einem zweiten Artikel sollen eine Anzahl charakteristischer Einzelhandlungen untersucht werden. (Fortw.)

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in **Brenslau-Granzow, Neufestlin, Frießland, Wismar und Vorna.** Gesperet sind die Bauten der Unternehmer **Wilken & Böhler, H. Baumgarten, Karl Baumgarten, Eggers, E. Thiele, Kording, Döpping, J. Hoffe und J. Fahrtrug in Hamburg** wegen Arbeitsverweigerung; in **Segard (Nien)** die Bauten des Unternehmers **Salitz**; in **Wittstock** die Bauten des Unternehmers **Spangenberg**, weil er den geforderten Lohn nicht zahlt; in **Dammberg** die Bauten des Unternehmers **Strauß**; in **Barth** die Bauten des Unternehmers **Heinr. Wals**; in **Stöben bei Stettin** die Arbeiten des Unternehmers **Weder** aus **Schwedt** an der **Oder**; in **Lüttenberg** die Bauten des Unternehmers **Tittel**; in **Podewitz** die Bauten des Unternehmers **Keding**; in **Schnellen** die Bauten des Unternehmers **M. Meyer**; in **Bremen** die Bauten der Unternehmer **Tijmann** und **Walzer**; in **Delstisch** die Bauten des Unternehmers **Bierende**; in **Nienstedten** die Bauten des Unternehmers **Färber**; in **Bogtshude** die Bauten des Unternehmers **Schräm**; in **Kohlhütle** der Papierfabrik-Neubau, Unternehmer **Dogt**.

Differenzen, wie leicht zum Streik führen können, bestehen in **Löwenberg i. Schlefien.** Durch den Streik der **Wasserbauarbeiter** sind **Maurer** in Mitleidenschaft gezogen in **Gemeinden, Unternehmer Sturz**. Durch den Streik der **Zimmerer** sind in Mitleidenschaft gezogen die **Maurer** in **Draufstedt, Düsseldorf, Quersfurt und Weienrode.**

Aus **Hensburg** wird uns berichtet, daß die Differenzen am Kaiserstein, Unternehmer **Wittrich**, dadurch beilegt sind, daß der Unternehmer sich verpflichtet, den ordentlichen Stundenlohn von **48 & zu zahlen.**

Geregelt ist auch die Differenz mit dem **Wägeschäft** **Arbel & h. d. Kinde** in **Emden.** Die Unternehmer haben die Forderung der Stellen anerkannt.

Der Streik in **Kolberg** ist aufgehoben. Zu einer Vertragschließung ist es nicht gekommen, doch wird allgemein der geforderte Stundenlohn von **48 &** gezahlt.

Der Unternehmer **Schöck** in **Göhrnis (Sachsen-Altenburg)** hat den Stundenlohn von **32 &** auf **28 &** herabgesetzt. Es haben deshalb von den bei diesem Unternehmer beschäftigten **22** Kollegen **17** die Arbeit eingestellt. Da die übrigen am Orte anwesenden Unternehmer **35** und **36 &** Stundenlohn zahlen, so ist wohl mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Arbeitseinstellung einen für die Kollegen günstigen Ausgang nehmen wird.

In **Kohlhütle** bei **Schanbau**, zwischen **Dresden** und **Doblenitz**, läßt die Papierfabrik **Schöck** einen Fabrikneubau ausführen. Die Maurerarbeiten sind dem **Verderber** Unternehmer **Dogt** übertragen worden, der größtentheils **Maurer** aus **Dresden** und **Wülfen** beschäftigt. Die Löhne waren schon von Anfang an unzureichend, theilweise wurde **Arbeitsverweigerung**; der Preis war ein schlechter. Nun hat **Dogt** noch **5 &** pro Stunde abgezogen und die **Arbeitsverweigerung** herabgesetzt. Die Folge davon war, daß die dort beschäftigten **42** Kollegen, sämtlich dem Verbands angehörend, die Arbeit einstellen.

Wegen schlechter Behandlung haben in **Schönebeck** bei **Magdeburg** **45** Kollegen, die in einem großen Fabrikneubau beschäftigt waren, die Arbeit eingestellt. Der **Wappels** ist sofort mit einem polizeilichen Doppelposten besetzt worden, der jeden vom Platz weist, der sich ihm nähert. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen, nur der Arbeiter und drei Lehrlinge, sowie zwei Schöckebeder legen die Arbeit fort. Der Unternehmer ist aus **Leipzig** und droht, sich von dort **Maurer** kommen zu lassen. Damit wird er wahrscheinlich kein Glück haben, doch wollen wir nicht unterlassen, ganz besonders hierauf aufmerksam zu machen.

Aus **Meuselwitz** wird uns berichtet, daß auch dort die Unternehmer mit Lohnkürzungen vorgehen. Die **Wasserbauer Müller** und **Wahl** kündigen am **7. September** Lohnreduktion an und am **14. September** haben sie **40** **Maurer** den **Wappels**. Daß dies fast durchwegs nur organisirte **Maurer** entlassen hat, ist wohl etwas mehr als bloßer Zufall. Wer nicht entlassen wurde, mußte es sich gefallen lassen, daß der Stundenlohn um **2 bis 3** Pfenninge herabgesetzt wurde. Die Herren arbeiten mit einem Heer von Lehrlingen, an denen sie nicht nur billige, sondern auch überaus willige Arbeitsträger haben. Wir hoffen, daß die Meuselwitzer Arbeiterchaft den **Maurer** nach Kräften zur Seite steht, damit die anderen Meister dem Beispiel der **Müller** und **Wahl** nicht folgen. Im nächsten Frühjahr wird man mit den beiden **Maurermeistern** ja ein anderes Abköhnen reden.

In **Vorna** in **Sachsen** sind Differenzen ausgebrochen. Der **Wasserbauer** **Naumann** hat vor **14** Tagen den Stundenlohn um **4 &** gekürzt. In der letzten Woche hat auch

der **Unternehmer** **Wangemann** Lohnabzug angeündigt. Es scheint, als ob das Vorgehen des **Naumann** auf gemeinschaftliche Verabredung geschähe ist. Bei **Naumann** haben von **20** Mann **18** die Arbeit eingestellt. Bei **Wangemann** hat annähernd **80** Personen beschäftigt, so daß dort circa **100** Kollegen sich im **Ausstand** befinden werden.

Am **Neubau** des israelitischen Krankenhauses in **Altona** bei **Hamburg**, **Unternehmer** **Schulz**, sind Differenzen ausgebrochen. Schulz sucht in auswärtigen Blättern **Maurer** anzuwerben, um der Begleichung der Differenzen mit seinen früheren Leuten aus dem Wege zu gehen. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, sich nicht durch die Zeitungsinserate locken zu lassen und nach **Altona** zu reisen.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Am **Samstag**, den **13. Oktober**, Morgens **9 1/2** Uhr, findet im Vereinssaal in **Bremen**, **Janenstr. 21-22**, eine **Konferenz** für den **Agitationsbezirk Bremen** statt. Tagesordnung: **1.** Bericht der **Agitationskommission**. **2.** Durchführung der **Verbandsbeschlüsse**. **3.** Die allgemeine wirtschaftliche Lage im **Baugewerbe**. **Mitgliedsbuch** und **Mandat** legitimirt.

Die unterzeichnete Kommission beruft im Einverständnis mit dem **Verbandsvorstande** und der **Agitationskommission** Kiel für die beiden **Agitationsbezirke Kiel und Hamburg-Altona-Hamburg** zu **Samstag**, den **27. Oktober** d. J., eine **Konferenz** nach **Hamburg** ein. Die **Verhandlungen** beginnen **Vormittags 10 Uhr** in der **„Festungsballe“**, **Gänsemarkt 35**.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: **1.** Bericht über die Thätigkeit der beiden Kommissionen. **2.** Gabeentteilung nach dem Beschluß des **Verbandstages**. **3.** Agitation. **4.** Wahlen. **5.** Verschiedenes.

Alle Anfragen sind an den Unterzeichneten zu richten. Die **Agitationskommission** f. **Hamburg-Altona-Hamburg**. **J. U. Hugo Kober**, **Gänsemarkt 35, 1. Et.**

Auf Einladung des **Hauptvorstandes** fand am **14. Sept.** in **Stuttgart** eine **gemeinschaftliche Sitzung** der **Agitationskommission** und der **Dr. Ober** **Walter** statt, zu der auch der **Zweigverein** **Heilbrunn** zwei Vertreter entsandte hatte. Als **Vorstandsvertreter** war **Kollege** **Bömling** erschienen. Es handelte sich zunächst um die **Umänderung** der **Zahlsche** **Stuttgart** in einen **Zweigverein**, wovon aber hier um so leichter ist, als von Seiten der **Leistenden** Kollegen schon seit längerer Zeit in diesem Sinne gearbeitet worden ist. Die **Zahlsche** **Can** **h. a. r. t.**, die das einzige **Gemeinthe** noch hätte bilden können, ist nach **Einführung** des **Einheitsbeitrages** freiwillig **gehorcht**, heimlich aus dem **Leben** geschieden und **W. B. L. i. n. g.** **kontra** **in** **fer** **nicht** in **Veracht**, als dieser **Er** **so** **ziemlich** **für** **abgeschlossen** ist und **kein** **Grund** vorliegt, die **vorliegende** **Zahlsche** **Stuttgart** **anzuerkennen**. **Wichtig** der **Agitation** war man sich **darin** **einig**, daß in **unserem** **Bezirk** noch ein **großes** **Arbeitsfeld** vorhanden ist, das **gehört** zu **arbeiten** unter den **gegenwärtigen** **Verhältnissen** für die **wenigen**, zur **Verfügung** **stehenden** **Kollegen** eine **Unmöglichkeit** bildet. Und um **einen** **besoldeten** **Gauvorstandes** **angewiesen** **sehen**, **reichen** die **statutarisch** zur **Verfügung** **stehenden** **Mittel** bei **Weitern** nicht aus. **Kollege** **Bömling** führte dazu **als**, daß **hier** die **Geldfrage** **nicht** **allein** **entscheidend** **sein** **könne**, **sondern** **daß** **der** **Vorstand** **auch** **verpflichtet** **und** **bereit** **sei**, für die **Agitation** in **zurückgebliebenen** **Bundes** **theilen** **außerordentliche** **Mittel** zur **Verfügung** zu **stellen**, **jedoch** **nur**, **wenn** **die** **vom** **Vorstand** zu **erlangenden** **Voraussetzungen** **gegeben** **seien**. **Als** **solche** **bezeichnete** **er** **namentlich** **die** **Verantwortlichkeit** **der** **einzelnen** **Zweigvereine**, **Beiträge** zu **Gautasse** zu **leisten**, **sofern** **aber** **hauptsächlich** **die** **Einigung** **über** **die** **Personenfrage**. **Diese** **entgegenkommende** **Aufsetzung** **des** **Hauptvorstandes** **wurde** **allseitig** **freudig** **ausgenommen** **und** **nach** **kurzer** **Diskussion** **war** **man** **so** **weit**, **daß** **ein** **Vertrag** **von** **30 &** **pro** **Jahr** **und** **Wittels** **an** **die** **Gautasse** **gutgegeben** **wurde** **und** **Vorschläge** **für** **die** **Person** **einzelnen** **Gauvorstandes** **gemacht** **werden** **konnten**. **Kollege** **Stolle** **wurde** **einmütig** **dazu** **ausgerufen**. **Das** **Gehalt** **wurde** **auf** **150** **monatlich** **festgesetzt**. **Gleichzeitig** **wurde** **beschlossen**, **von** **der** **Einberufung** **einer** **Gaukonferenz** **für** **diesmal** **abzusehen** **und** **die** **Wahl** **des** **gesamten** **Gauvorstandes** **in** **der** **Schuttgarter** **Mitglieder** **versammlung** **vorzunehmen**, **wobei** **auch** **das** **best** **immer** **die** **Agitationskommission** **gewählt** **wurde**. **Die** **obigen** **Vorschläge** **wurden** **am** **20. September** **in** **einer** **mit** **dieser** **Tagesordnung** **einberufenen** **Mitglieder** **versammlung** **von** **Kollegen** **Fortwärt** **in** **ausführlicher** **Weise** **unterbreitet** **und** **begründet**. **Nach** **emtiger** **Diskussion**, **in** **welcher** **das** **Entgegenkommen** **des** **Hauptvorstandes** **im** **Interesse** **der** **Förderung** **der** **Agitation** **in** **Süddeutschland** **dankebar** **begrüßt** **wurde**, **schrift** **man** **zur** **geheimen** **Wahl** **über**, die **Wahl** **des** **Kollegen** **Stolle** **als** **besoldeten** **Gauvorstandes** **mit** **64** **von** **68** **abgegebenen** **Stimmen** **ergab**. **Als** **weitere** **Mitglieder** **des** **Gauvorstandes** **wurden** **gewählt** **die** **Kollegen** **Fortwärt**, **Funf**, **Uttim** **und** **Rud.** **Kollege** **Stolle** **erklärte** **darauf**, **daß** **es** **ihm** **nicht** **leicht** **ist**, eine **richtige**, **auswärtige** **Stellung** **(bei** **der** **Ortskrankenkasse)** **zu** **verlassen**, **da** **er** **jedoch** **durch** **die** **Einmütigkeit** **sonst** **in** **der** **Sitzung** **wie** **in** **der** **heutigen** **Versammlung** **schon** **veranlaßt** **sehe**, **den** **Ruf** **der** **Organisation** **zu** **folgen**. **Er** **dankt** **für** **das** **ihm** **entgegengebrachte** **Vertrauen**, **das** **er** **zu** **rechtfertigen** **Entscheidungen** **werde** **und** **bitte** **um** **die** **Mitarbeit** **aller** **organisirten** **Kollegen**. **Anschließend** **daran** **wurde** **dann** **nach** **Beisitz**, **daß** **Kollege** **Stolle** **auch**, **sofern** **es** **ihm** **die** **Zeit** **erlaube**, **die** **Geschäfte** **des** **Schuttgarter** **Zweigvereins** **führen** **soll**. **Da** **den** **alle** **Lage** **auf** **dem** **Gericht** **stehenden** **Kollegen**, **die** **vielseitige** **Organisationsarbeit** **über** **den** **Kopf** **wachse**. **Der** **Gauvorstand** **hat** **sein** **neues** **Am** **bereits** **angereizt** **und** **wollen** **alle** **Zuschriften** **sonst** **für** **den** **Gauvorstand**, **wie** **für** **den** **Zweigverein** **gerichtet** **werden** **an** **Heinrich** **Stolle**, **Stuttgart**, **Erblingerstr. 17/19, 1. Et.** (**Gewerkschaftshaus**).

In Wien fand am 20. September eine öffentliche Mitgliederversammlung in der Herberge zur Gemüts' statt, in welcher Kollege Koch-Magdeburg über: „Den wirtschaftlichen Niedergang in der Eisen- und Textilindustrie sowie auch im Baugewerbe“ referierte. Er wies darauf hin, daß die jetzt im Anfangsstadium begriffene Krise eine naturnotwendige Folge der heutigen Gesellschaftsordnung sei, und führte die statistischen Erhebungen des Reichsamtes des Innern als Beweis dafür an. Dann kam Redner auf den neuen Zolltarifenklausur zu sprechen, welcher nur den Großgrundbesitzern zu gute kommt, den Proletariern dagegen noch mehr Steuern und Geld bringt. Hiergegen müsse Front gemacht werden und dies könne nur durch die Arbeiterorganisationen geschehen, in welchen leider nur ein Bruchteil der Arbeiter zu verzeichnen ist. Der Referent ermahnte die Anwesenden, fest zur Organisation zu stehen und sie immer weiter auszubauen, dann könnte ein wirtschaftlicher Sieg der Arbeiter nicht so schwer treffen wie heute. (Anmerkung des Schriftführers: Redner waren von 22 Mitgliedern nur 20 anwesend, trotzdem doch ein Jeder extra bestellt worden war. Es hält daher genug, einen Saal für öffentlichen Versammlungen zu bekommen, weil die jetzt Saalbesitzer ihre Kassenbücher kennen. Wenn Letztere auf dem Boden wären, kann würden die ersten alle Finger nach den Arbeitern leiten. Darum, Kollegen, besucht die Versammlungen besser als bisher.)

Der Zweigverein Berlin III (Mabikpoker) hielt am 18. September in den „Arminhallen“ seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher unser Berufsgenosse Silberstein in längeren Ausführungen über: „Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgabe der Gewerkschaften“ referierte. Nachdem der Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Gank auf ihren Seiten erhoben hatten; erließ der Referent sich seiner Aufgabe in einem ausführlichen, oftmals mit großem Beifall unterbrochenen Vortrage. Obwohl in Berlin die Krise, so sieht Redner aus, noch nicht solchen Umfang angenommen hat, wie in anderen Teilen des deutschen Reiches, so wird doch — unausbleiblich über kurz oder lang diese Krise auch hier größeren Umfang annehmen, denn die große Ueberproduktion, die auf dem Weltmarkt vorhanden ist, macht eine Krise zur Naturnotwendigkeit. Die größeren Fabrikanten hätten in der guten Konjunktur nicht nach Bedürfnis gearbeitet, sondern dieselben hätten ihrer Profitlust halber ihre großen Speicher bis auf den letzten Nagel gefüllt, was nun bei der Krise eine Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß. Redner bewies durch Zahlen, um wie viel die einzelnen Fabrikanten ihre Arbeitskräfte verringert hätten. Zur Krise beigetragen haben als Nebenursachen der libyrische Krieg sowie auch zum großen Teil die chinesischen Wirren. Zum Baugewerbe übergehend, konnte Redner in diesem Gewerbe eine Ueberproduktion bis jetzt nicht konstatieren, abgesehen von den großen Biegeleiten, wo auch die gebrannten Ziegeln aufgeführt waren; in Venedig ist fast überall eine Wohnungsnot vorhanden. In diesem Gewerbe liegt der Hauptfehler an der Beschäftigung von Baugelern. Die Kapitalisten hätten genügend andere Stellen, wo sie ihren Kammern besser und sicherer bezinst bekommen. Redner kam nun auf die diesen Bankfrage in letzter Zeit zu sprechen, gebachte auch dabei des frommen Sanden. Die Folge dieser Krach sei, daß die meisten Besitzenden ihr Kapital den Banken entziehen und es lieber den Sparplätzen anvertrauen. Hieraus erklärt sich auch, daß in der Späherberger Sparkasse mit einmal soviel neue Sparer zu verzeichnen sind, denn daß plötzlich so viel Reute erzielt worden seien, sei doch wohl nicht annehmbar. Zu den Aufgaben der Gewerkschaften übergehend, führte der Referent aus, daß deren Hauptaufgabe darin bestehe, eine feste Organisation zu schaffen, denn nur als eine geschlossene Macht könne man gegen die Unternehmer etwas ausrichten. Wenn nun auch in absehbarer Zeit neue Erfolge noch zu erringen sein würden, so müssen die Gewerkschaften doch das einmal Erungene auch in der Krise festhalten lassen, das bedeute für dieselben auch einen Sieg von großem Wert. Die Maurer seien schon einmal so weit vorgedrungen gewesen wie heute, doch die damalige schwache Organisation war dem Unternehmertum nicht gewachsen. Deshalb gingen denn auch in den darauf folgenden Jahren die Erungenschaften wieder verloren mit Ausnahme von einigen größeren Städten, die ihre Positionen behaupten konnten. Von 1896 an nahm aber die Arbeiterbewegung einen Umfang an, wie ihn wohl kein Mensch erwartet hatte, und heute steht dem Unternehmertum eine starke, gut organisierte Arbeitermacht gegenüber, die sich die Erungenschaften nie mehr entreißen lassen wird. Redner empfahl Johann aber auch festen Anschluß an die politische Organisation, es sei Sache der Arbeiter, daß sie auch dafür sorgen, daß in die Gesetzgebung immer mehr Arbeitervertreter gewählt würden, welche die Arbeiterangelegenheiten zum Schluß ernannte der Referent noch einmal, fest zur Organisation zu halten, um auf alle Fälle unsere gegenwärtige Position zu behaupten. Allgemeiner Beifall lohnte den Redner. Kollege Nieke ermahnte die Anwesenden, das eben Gesagte auch praktisch zu betreiben. Unter „Verschiedenes“ wurden für die im Ausstand befindlichen Glasarbeiter A. 50 bewilligt. Nachdem nach der Vorlesung die Resultate der Untersuchungs-Kommission in Weidnerbeisagen kund gegeben hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zahlstelle Berlin IV (Zementierer und Berufsgenossen) agte am 18. September im Lokal von Müllmann, Rosenhaldersche 188. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Nachtheide einen Vortrag über: „Der Schiedsspruch der Hamburger Nordmänner“. Redner führte uns an der Hand des Protokolls des Gewerkschaftsstellens die wichtigsten Punkte vor Augen und erläuterte dieselben in sachlicher und verständnisvoller Weise. — Zur Diskussion hielt Kollege Schulz von der Zahlstelle 1 (Ruhler) über denselben Punkt einen weiteren Vortrag und verurteilte das Nordsystem in schärfster Weise, gleichzeitig erläuterte der Redner die Wirkungen und Tätigkeit der Bauarbeiter-Kommission in übersichtlicher Weise. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaftliches“, wurde für den freigeordneten Posten eines Schriftführers Kollege Eimptner einstimmig gewählt. Nachdem verschiedene Kollegen über den Arbeitsnachweis und über die stattgefunden Landpartie diskutiert hatten, schloß der Vorsitzende um 11¼ Uhr die Versammlung. — Im Weiteren

wollen wir die Kollegen um regeren Besuch der Versammlungen bitten.

Am Sonntag, den 22. September, fand in Burgsteinfurt im Saale der Witwe Lohrens eine öffentliche Maurerverammlung statt. Als Referent war Kollege Raßl-Dortmund anwesend. Derselbe hielt einen Vortrag über: „Die Fortschritte der Organisation“. Die Versammlung war den örtlichen Verhältnissen nach ziemlich gut besucht. Die Gründung eines Zweigvereins kam leider nicht zu Stande, weil dieselbe hauptsächlich an der Interessiertheit der verbrüdeten Kollegen scheiterte. Es wurde beschlossen, vorläufig eine Zahlstelle des Zweigvereins Münster zu bilden. Die Kollegen wurden dann aufgefordert, mehr als bisher für den Verband zu agitieren, damit auch die verbrüdeten Kollegen von der Notwendigkeit und dem Nutzen der Organisation überzeugt werden.

Eine sehr gut besuchte Bauhandwerker-Versammlung tagte in Dortmund am 19. September im „Königlichen Hof“ und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Arbeitsordnung, mit welcher die Innungsmeister die bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu beglücken gedenken. Zunächst erläuterte der Gesellen-Ausschuß seinen Bericht über die in betreff der Lohnherabsetzung mit der Innung gepflogenen Verhandlungen. Der Stundenlohn ist nämlich in diesem Jahre von 45 auf 42 ½ gesunken, was die Meister aber nicht als wahr gelten lassen wollen. Ihrer Behauptung nach zahlen sie 45 ½ Stundenlohn, jedoch nur an diejenigen Gesellen, die längere Zeit bei einem und demselben Meister gearbeitet haben, weil — man höre und lauge nicht — diejenigen Gesellen, die häufiger wechseln, sowie die Zugeressenen nicht so leistungsfähig sind, daß sie die Meister, an ihnen denselben Profit haben, wie an dem „treuen Stamm“. Nachdem der Gesellen-Ausschuß noch über mehrere gleichzeitige Döntings berichtet hatte, kam dann die projektierte Arbeitsordnung an die Reihe, deren Genehmigung und Unterzeichnung seitens des Ausschusses verweigert worden war. Kollege Raßl bezeichnete das in zäffmestlicher Weise zur Anbelagerung der Arbeiter zusammengepöbelte Machtwort der Innung als einseitig für Rechtsgüter, aber nicht für Bauhandwerker passend, da in den nicht weniger als 25 Paragraphen zählenden Bestimmungen nur von Pflichten der Arbeiter die Rede ist, Rechte giebt es aber für die Arbeiter keine, die stehen nur den Unternehmern zu. Redner kritisierte der Reihe nach die einzelnen Paragraphen dieser „Arbeitsordnung“, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heute, am 19. September 1901, im „Königlichen Hof“ tagende, fast besuchte Bauhandwerker-Versammlung protestiert mit Entschiedenheit gegen die Einführung der von der freien Innung geplanten Arbeitsordnung. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Unternehmer und die Bauarbeiter Dortmunds bisher ohne Arbeitsordnung fertig geworden sind und daß sich bis jetzt auch noch nichts ereignet hat, was die Einführung einer solchen nötig macht. Die Versammlung erklärt ferner die große Mehrzahl der Paragraphen für die Bauhandwerker unannehmbar, während die wenigen annehmbaren sich durch die Nachsorge der Innung regeln. Die Versammlung erachtet daher die Aufsichtsbefugnisse, die Genehmigung dieser „Arbeitsordnung“ zu verweigern. Die Bauhandwerker aber werden ersucht, in jedem Falle die Anerkennung und Unterschrift zu verweigern.“ In der der Abstimmung vorhergehenden Diskussion, an welcher sich sowohl Maurer als auch Zimmerer und Bauarbeiter beteiligten, sprachen sich die meisten Redner im Sinne der Resolution aus, nur ein Mitglied des Gesellen-Ausschusses meinte, die Arbeitsordnung sei nicht so gefährlich, sondern nur für die „unordentlichen“ Arbeiter bestimmt. Von den nachfolgenden Rednern wurde diesem löblichen Satz gehörig heimgeleuchtet, dabei aber betont, daß die Unternehmer sich mit solchem Machtwort an die Arbeiter nicht herantrauen würden, wenn nicht so viele gleichgültige und bornierte Elemente sich ihren Organisationen fern hielten. — Wo, aufgeschaut, Nr. Sammlungen, und hinein in Eure Organisation!

Aus Forst i. d. E. berichtet unser Gewährsmann folgendes erheitende Stückchen aus dem Innungsleben, welches in seiner schlichten Form das „Müßigen“ des ganzen Innungsbaus drastischer schildert, als manche lange Abhandlung: Eine Versammlung der freien Maurer- und Zimmerer-Innung, zu der auch die Gesellen eingeladen waren, tagte am 18. September bei Eggemeier hier selbst zwecks Wahl des Gesellen-Ausschusses. Der Vorsitzende der Innung gab hierzu bekannt, daß nur über 30 Jahre alte Gesellen wahlberechtigt seien. Damit gaben sich jedoch die anwesenden Gesellen nicht zufrieden, und ihr Protest hatte zur Folge, daß nach längerem Suchen im Statut der Herr Vorsitzende den Passus fand, wonach alle über 21 Jahre alten, bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen zur Wahl berechtigt sind. Wozu gern hätten es die Herren Innungsmeister nun gesehen, wenn der Partikel-Gesellen-Ausschuß, der beim Maurerstreik zu Stande gekommen, wiederbelebt worden wäre. Darauf gingen jedoch die anwesenden Gesellen nicht ein, sondern sie wählten in den Ausschuß die Maurer Krause und Pachen mit 75 bzw. 76 Stimmen, um den Zimmermann Mitan mit 80 Stimmen. Als Erlasnmänner wurden die Zimmergesellen Klemann und Meyer und der Maurer Wam gewählt. Der Innungs Vorstand wußte seiner Verblüffung über dieses Wahlergebnis keinen anderen Ausbund zu geben, als daß er meinte, der Maurer Krause brauche nicht einen so großen Mund zu haben, denn es sei gerade, als ob er die ganze Gesellschaft am Wand hätte. Nach diesem Galleerguß schloß er die Versammlung. — Ja, ja, die bed... großmäuligen M., parbon, Gesellen! Daß die auch das Innungsstatut und die Nachsorge der Innung besser kennen, als die zu beschreibenden und höchsten Innungsmeister.

Der Zweigverein Gotha hielt am 20. September seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Die Situation im Baugewerbe und die nächsten Aufgaben der Organisation“. Als Referent war erschienen Kollege Schent-Erfurt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Kollegen nach üblicher Weise von ihren Plätzen zu Ehren des verstorbenen Karl Darr. In seinem Vortrage wies der Referent auf die Jahre 1895-96 hin, wo die Industrie im Wachsen war und wie sie gegenwärtig sehr gefallen ist. Ebenso gehe es auch mit unserer Organisation, die in den flotten Baujahren sich um 6000 Mitglieder vermehrt hatte. Damals war eine große Nachfrage nach Maurern, jetzt nach Eintritt des Krachs laufen sie im Sommer auf der Straße herum. Redner ermahnte die

Kollegen, ein jedes einzelne Mitglied müsse dafür kämpfen, daß unsere Organisation nicht weniger werde und nicht vergesse den Streikfonds zu zahlen. Es sei Pflicht für alle Mann, stets für unsere Organisation zu arbeiten: Bewegung ist Leben, Stillstand ist Tod.

Am Sonntag, den 22. September, tagte in der Zentralherberge in Söbode die regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Dieselbe war von — sage und schreibe — 15 Kollegen besucht, also von nur 10 pSt. der am Orte wohnenden Kollegen. Über gerade die Kollegen, die auf der Arbeitsstätte das große Wort führen und über dies und das zu nörgeln haben, glänzen in der Versammlung durch Abwesenheit. Das hat uns auch der letzte Ball gezeigt, der so stark von den Maurern besucht war, daß ein Defizit zu verzeichnen war. Es wäre ganz gut, wenn die Kollegen sich eines Anderen belehnten und fleißiger die Versammlung besuchten, um gemeinsam über ihr Wohl und Wehe zu beraten. Zur Auszahlung der Meistunterstützung wurde beschlossen, daß dieselbe in der Herberge von 6-7 Uhr ausbezahlt werden soll. Auch war ein Schreiben eingelaufen von der Unternehmer-Vereinigung, worin dieselbe von der Streikunterstützung des Kollegen Krieg A. 27.50 beanprucht. Das Schreiben war aber erst nach der Auszahlung eingelaufen und konnten wir deshalb in dieser Sache nichts mehr machen. Eine Sammelliste aus Wahrenfeld für den Kollegen Stomanos hat A. 7 ergeben. An Stelle des bisherigen zweiten Vorsitzenden tritt der Kollege Vindemann. Zum Schluß mündlich der Vorsitzende dem hier fortzietenden Kollegen Sidosen im Namen der Versammlung ein herzliches Adieu.

Am 16. September tagte in Krotoschitz im Lokale des Herrn Bloch eine öffentliche Maurer- und Zimmerer-Versammlung, in welcher Kollege Gander die Lohn- und Arbeitsverhältnisse während der beiden letzten Jahre einer Besprechung unterwarf und dabei die Unterlassungen der Gesellen scharf geißelte. Vor Allem tadelte er, daß die Gesellen 12-13 Stunden lang arbeiten, obgleich die Meister ein derartiges Verlangen nicht stellten. Sodann wurde, da der bisherige Arbeitsrat mit dem Jahresschlusse abläuft, über die Lohnfrage debattiert und beschlossen, am 1. Oktober den Meistern eine Lohnforderung von 28-30 pSt. pro Stunde unter Aufrechterhaltung der bisher üblichen Koch- und Schlafvorräthen vorzulegen. Die bisher übliche Kündigung soll fortfallen. Die abdam neugeählte Lohnkommission besteht aus den Maurern W. Spigale II, G. Wummer, F. Muge, und den Zimmerern R. Fajner, A. Puntke und J. Kieselwetter. Schriftliche Mitteilungen sowie Bescheiden sind an den Maurer W. Spigale II sowie an die Zimmerer zu richten. Sodann wurden der Witwe Berger in Goltzke zu richten. Sodann wurde der Witwe Berger A. 20 aus dem örtlichen Sterbefonds bewilligt und beschlossen, daß jedes Mitglied bis zum 15. Oktober eine Marke zu diesem Fonds zu liefern hat. Zum Schluß wurde die vom Kassier Weigel verlesene Abrechnung auf richtig befunden. Mit einem erklärenden Hinweis auf den Nutzen der Organisation und einem dreimaligen Hoch auf die Zentralverbände der Maurer- und Zimmerer-Deutschlands schloß der Vorsitzende die Versammlung. Am 21. September fand darauf in Freyhan ein Besprechung statt, in welcher Kollege Weigel den Teilnehmenden die obigen Beschlüsse mitteilte, da die meisten Anwesenden an der Versammlung in Krotoschitz nicht hatten teilnehmen können. Kollege G. Konrad aus Kankale wurde als Sterbefonds-Kassierer für den örtlichen Sterbefonds bestimmt.

Am Dienstag, den 24. September, tagte im „Rathaus“ in Leipzig eine öffentliche Maurerverammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr Schriftführer W. Wittich einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Zustände vor dem französischen Revolution“. Derselbe führte den Beifall aufzunehmen. Abdam erfolgte die Abrechnung von dem am 4. August stattgefundenen Sommerfest. Den Bericht darüber erstattete Kollege Gaus. Die Einnahme betrug M. 787,65 und die Ausgabe M. 646,21, so daß ein Restbestand von M. 91,44 verbleibt. Wenigstens wird der so hohe Ausgabeposten für die Festausstattungsarbeiten, welcher annähernd M. 100 beträgt. Die Versammlung ist allgemein der Ansicht, daß in Zukunft von vornherein festgelegt werden muß, welche Entschädigungen der Festausstattungsarbeiten gewährt werden sollen. Dem Kollegen Haupt wird als Kassierer des Festausstattungs-Einnahmen erwählt. Zum dritten Punkt: „Ämtere Verhältnisse“ wurden die Beschlüsse des Vertrauensmannes des Vertrieben beschiedener Arbeiter eingeleitet. So arbeiten z. B. bei der Firma Engel eine Anzahl Maurer in der Fabrik von Schür & Co. 10 Stunden pro Tag, während die übrigen in der Markgrafenstraße 10 Stunden arbeiten. Die Kollegen sind der Meinung, daß diese Menschen es fertig bringen, in einer solchen Zeit der Arbeitslosigkeit Ueberstunden zu machen, liegt allerdings in deren ganzen bisherigen Verhalten gegen die Organisation. Die Herren haben sich stets um nichts bemüht. Die Kollegen mögen es ja zur Zeit mit der Einhaltung der vereinbarten Arbeitszeit recht ernst nehmen, indem eine ganze Anzahl von Kollegen arbeitslos sind. Sollte sich es einmal notwendig machen, daß eine Arbeit in der gewöhnlichen Arbeitszeit nicht rechtzeitig fertig gestellt werden kann und es werden dem Kollegen Ueberstunden angeboten, dann müssen die Kollegen dem Unternehmer antworten, daß er Schichten arbeiten läßt, denn Arbeitskräfte sind dazu genügend vorhanden.

Eine öffentliche Maurerverammlung, die am 22. September in Widenichs tagte und die sich namentlich seitens der italienischen Kollegen eines guten Besuchs erfreute, beschäftigte sich mit der Frage: „Wie haben wir unsere Organisation?“ Der Referent, Arbeitersekretär Wärtens zeigte, daß in Widenichs 7 pSt. organisiert 93 pSt. unorganisierten Maurer gegenüberstünden und daß dieses unheilbar Zustände wegen die Maurer zur völligen Einflußlosigkeit hinsichtlich der Arbeitsbedingungen verdammt seien. Dazu komme der relativ starke Einfluß der industriellen Kräfte mit ihrer ungünstigen Wirkung auf die Baugewerbe und den Unternehmertum. Wollte die Arbeiterkraft aus dieser Misere schnell heraus, so müsse sie sich schleunigst der Organisation zuwenden. Redner beleuchtete dann unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, die sich vor Allem darin zeige, daß Zahlungen von Arbeitern durch Erhöhung der Löhne eine größere Konsumtionsfähigkeit verleihe sei, welche hätte sie noch mehr ver-

allgemeinert werden können, eine größere Befruchtung der Produktion und des Handels zur Folge haben würde. Mit nun der Mauregiererschaft in Lützenfeld eine größere Werbe- und Anziehungskraft verschaffen zu können, sollte sich dieselbe einige praktische, dem Tagesbedürfnis abgenommene Ziele setzen und dann zur Erreichung derselben mit der ganzen organisatorischen Kraft einsetzen. Gestützt hierauf, und nachdem drei italienische Kollegen zu ihren Landesleuten gesprochen, erfolgte die einstimmige Annahme einer Resolution, welche auf die Thatsache hinweist, daß auf dem Arbeitsmarkte fortgesetzt das Angebot die Nachfrage nach Arbeitskräften übersteige und daß dieser Zustand sich im Winter äußerst kritisch gestalten werde, woraus der Kommune die Pflicht erwachse, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, damit der Arbeitslosennoth begegnet werden könnte. Um dann den vielen Wünschen im Baugewerbe wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, soll die Einführung eines allgemeinen verbindlichen Arbeitsvertrages und eines einheitlichen Lohnzifferes erstrebt werden. Diese einheitlichen Arbeitsbedingungen sollen dann dem städtischen Bauamt mit der Forderung unterbreitet werden, die Submissionsform besonders nach der Richtung hin zu prüfen, ob die Submittenten bei ihren Kalkulationen diese einheitlichen Bedingungen zur Grundlage genommen haben. Dieses letztere Punkte wegen sollen die Arbeitgebervereine im Gewerbe gerichtet um Unterstützung ersucht werden, die dadurch gewährt werden könnte, daß sie, ausgehend von § 76 des Gewerbegerichts-gesetzes, von ihrem Rechte über Arbeitsverhältnisse und deren Regelung sich gütlich zu äußern, Gebrauch machten. Mit dem Bemerken des Vorstehenden, Kollegen Gehres, daß fortan jede Verarmung zur Werbung neuer Mannschaften benutzt werden würde, erfolgte Schluß der anwesend verlaufenen Versammlung.

Der Zweigverein Mühlhausen i. Th. hielt am Sonnabend, den 28. September, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zu Anfang derselben wurde den Kollegen klar gemacht, wie notwendig es sei, jetzt mit allen Kräften mit der Agitation, insbesondere bei der Hausagitation, einzusetzen. Gerade jetzt, wo die Wautonjunktur eine schlechte sei, und die Unternehmer die für uns ungünstige Situation benutzt hätten, um den im Jahre 1899 vereinbarten Tarif aufzuheben, sei es doppelt notwendig, den Verband zu stärken. Es liege hier die Möglichkeit der Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr nahe. Die im Sommer angeordnete Entschuldigungsverordnung der Kollegen, sie hätten keine Zeit zur Agitation, sei keine stichhaltige mehr, da im Winter genügend Zeit zur Verfügung steht. Es wurde hierauf eine Kommission von sieben Kollegen zur Agitation in der Stadt und eine solche von sechs Kollegen zur Agitation in den umliegenden Ortschaften gewählt. Hierauf hielt Kollege Hinderbater einen Vortrag über: „Die Affordarbeit und die Hamburger Affordmaurer“. Nebenher wies in seinen Ausführungen nach, daß der Nutzen der Affordarbeit in gar keinem Verhältnis steht zu den Schäden derselben. Dasselbe sei nur dazu angethan, die Arbeiter an Körper und Geist zu ruinieren. Von Solidarität der Arbeiter untereinander könne bei Ausführung der Affordarbeit gar keine Rede mehr sein. In der Diskussion wurde die Handlungsweise der Hamburger Affordmaurer sowie der Beschluß des Schiedsgerichts, daß in dem Verhalten der Affordmaurer ein Streik oder Sperreverbot nicht vorliege, einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Eisenhardt's Lokal tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins Mühlhausen des Zentralverbandes der Maurer protestiert gegen den Schiedspruch insoweit, daß in dem Verhalten der Hamburger Affordmaurer kein Streik oder Sperreverbot zu erblicken sei, im Uebrigen ist sie mit dem Resultat des Parteitag's in dieser Sache einverstanden.“ (Anmerkung der Redaktion. Wir möchten bei dieser Gelegenheit unsere Kollegen ersuchen, sich nunmehr, nachdem der Parteitag gesprochen, der Kritik des Hamburger Schiedspruches zu enthalten.) Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband geschlossen.

12 Kollegen von Mühlhausen! Wo hin soll eure Loyalität und die höchste Versammlungsbefugnis führen? Auf zur Agitation!!!

Aus **Neubrandenburg** wird berichtet, daß dort recht traurige Zustände Platz greifen. Obwohl vor noch nicht geraumer Zeit der Lohn und die Arbeitszeit durch den Streit etwas aufgehellt wurden, hat jetzt der Arbeitgeber Dingel versucht, die einstündige Mittagspause wieder einzuführen und auch wirklich Glück damit gehabt. Die Kollegen, die bei ihm arbeiten, lassen sich das ruhig gefallen. Einem Kollegen, welcher die Mittagspause innehielt, wurde einfach der Bescheid vom Parlier, daß er sein Geschütz zusammenpacken sollte, wenn er nicht in einer Stunde herankommen könnte. Darauf wurde am Sonnabend vom Unternehmer auf jedem Bau ein Schreiben geschickt, daß diejenigen, welche mit einer Stunde Mittagspause nicht zufrieden wären, ihre Karten holen könnten. Kollegen, es wäre an der Zeit, daß wir uns wieder mehr zusammenschaffen, damit uns das weniger Ertrugene nicht ganz verloren geht. Kommt regelmäßig in die Versammlung, damit wir uns über diese Sachen aussprechen können.

Über das Thema: „Streitklausel und Arbeiterschutzgesetz“ und die Stellung der württembergischen Regierung zu denselben“ referierte in einer in Stuttgart in der „Arbeiterkassette“ am 17. September abgehaltenen Bauhandwerker-Versammlung Kollege Stolle. Er führte aus, daß in puncto Streitklausel die württembergischen Baugewerksmeister mit Herrn Wülfel an der Spitze den Vogel abgeschossen haben, indem der Gegenstand in der Handwerkskammer an die Regierung die Forderung gestellt hat, daß den Unternehmern für den durch das bisherige Arbeiterschutzgesetz verursachten Mehraufwand Entschädigung durch den Staat gewährt werden solle. Daß die Forderung der Aufnahme einer Streitklausel in die Submissionsverträge nicht schiefte, sei weiter nicht verwunderlich. Man war aber, genötigt durch den Meinfall anderwärts, so vorsichtig, die Anwendung der Streitklausel nur im Falle eines allgemeinen Streiks oder einer Aussperrung zu verlangen. Der Regierungsvertreter ließ sich denn durch solche sanften Forderungen einfallen und gab die Zusage, „wollmollender Verständigung“ trotz der von ihm gleichzeitig betonten „strengen Neutralität“ der Regierung in Lohnstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern.“ Aufschallend sei, so führte der Redner weiter aus, der so sanftmütige Erfolg einer Ministerialverordnung, betr. Arbeiter-

schutz und der Unfallverhütungsvorschriften der Berufs-genossenschaft. Der Grund hierzu, werde aber wohl in dem Bestreben zu suchen sein, eine eingehende Behandlung der bereits an den Randtag eingereichten Petition der Bauarbeiter zu hintertreiben mit dem Hinweis, daß bereits in ausreichendem Maße den in der Petition niedergelegten Wünschen entsprochen sei, und auf diese Weise die geforderte Durchführung einer staatlichen Baukontrolle zu verhindern. So lange eine solche Baukontrolle nicht eingeführt ist, seien die neuen Bestimmungen ebenso wertlos wie die alten. Zur Erreichung des aufgestellten Zieles, trotz dieser Haltung der Regierung sowie der Unternehmer, gebe es nur ein Mittel: Eintritt sämtlicher Bauhandwerker in ihre Organisationen. Nach eingehender Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute, den 17. September, in der Arbeiterkassette“ in Stuttgart tagende, von allen Branchen des Baugewerbes besuchte Bauarbeiter-versammlung erkläre in der von einem Vertreter der württembergischen Regierung gegenüber der Stuttgarter Handwerkskammer zugelegten „wollmollenden Verständigung“ der Wünsche bezüglich der Streitklausel eine verwerthenswerthe einseitige Stellungnahme zu Gunsten der Unternehmer. Die Verarmung verlangt von der Regierung volle Inparteilichkeit in allen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern. Als den einzigen, alle Beteiligten, Regierung, Arbeiter und auch alle soliden Baugeschäfte befriedigenden Weg fordert die Versammlung die Aufnahme einer sogenannten Lohnklausel in die Submissionsverträge, deren Grundlage entweder ein gleichzeitiges Unternehmen und Arbeitern vereinbarter Arbeitsvertrag, beim Fehlen eines solchen die Beschlüsse der betreffenden Bauarbeiterorganisationen bilden sollen. Betreffs des Bauarbeitergesetzes hält die Versammlung an der in einer an den hohen Randtag gerichteten Petition niedergelegter Forderung von Schutzbestimmungen und Ueberwachung der Einhaltung derselben durch staatliche Baukontrolleure unter Mitwirkung der Arbeiter fest. Das Bureau der Versammlung, die Genossen Kästlein, Grimm und Guß wurden beauftragt, die Resolution der Regierung zu übermitteln.

In der am 13. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung des Zweigvereins Dreieutrichen hielt nach Erledigung der Kassengeschäfte Kollege Stimmemann unter dem Beifall der Anwesenden einen längeren Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Sodann wurde einstimmig beschloffen, unserem Pastirer Weller für seine Bemühungen eine Gratifikation von M 6 zu erteilen. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

In einer am 14. September im „Blauen Engel“ zu Wollensbüttel abgehaltenen, sehr mäßig besuchten Versammlung sprach Kollege Barnitz-Hannover über: „Die Situation im Baugewerbe und die Nothwendigkeit der Organisation.“ In seinem Vortrage wies der Redner darauf hin, daß die jegliche Preiss, herbeigeführt durch die Gichtatiren und Wanktracht, nicht von allzu langer Dauer sein könne, denn die Wohnungen in den Großstädten nehme derartige Dimensionen an, daß auf diesem Gebiete alsbald Neubau geschaffen werden muß. In den Zeiten schlechter Konjunktur sei es doppelte Pflicht der Kollegen, sich mehr und fester zusammen zu thun, als in guten Zeiten, damit ihnen nicht das mühsam Erungene wieder von Seiten der Unternehmer abgehandelt werde. Zur Konferenz am 29. September in Hannover wurde als Delegierter Kollege Th. Müller gewählt. Da am 1. Januar 1902 unser Vertrag mit den Unternehmern abläuft und die alte Lohnkommission, deren Aufgabe es ist, mit den Herren auf's Neue zu verhandeln, ihre Pflicht in letzter Zeit nicht getan hat, ja noch nicht einmal, trotz mehrfacher Aufforderung, die Versammlungen besucht, so wurde eine neue Lohnkommission gewählt; diese besteht aus den Kollegen: F. Schäfer, G. Wapferling, S. Schwetge und Th. Müller. — Kollegen, anlässlich des Ablaufs unseres Vertrages kann ich nicht umhin, Euch auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Es ist nicht möglich, daß man sagt, wir werden meine Beiträge aus dem Hause geholt und damit ist es gut, nein, Kollegen, die Hauptfrage ist, daß man die Versammlungen auch pünktlich besucht, denn danach tagt man uns von Seiten des Unternehmers betreffs Verbesserungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu Stande kommen sollte, so seid Ihr selbst der schuldige Theil, eure Loyalität, eure Unpersönlichkeit wird es dann fertig gebracht haben. Ihr begehrt dadurch nicht nur Verrath an den Kollegen, die stets im Vordergrund der Bewegung stehen und stets eure Weisheit wollen, sondern auch direkt ein Verbrechen gegen Euch selbst und eure Familie. Darum fordere ich Euch auf, Kollegen, besucht besser wie bisher die Versammlungen, wenn was Ganzes geschaffen werden soll.

Am Sonntag, den 22. September, fand im Verbandslokalen in Verth eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Kollege Eisen-Brüder referierte über: „Die jetzige Krise und was lernen wir aus derselben.“ Der Referent antwortete sich seiner Aufgabe in klarer, für Jeden verständlichen Weise. Der Sinn seiner Ausführungen war folgender: Die heutige Produktionsweise ist eine kapitalistische, planlose, die ohne Rücksicht darauf los produziert. In der guten Zeit werden alle Kräfte angepannt, Tag und Nacht wird gearbeitet; jeder Kapitalist sucht so viel wie möglich für sich herauszuschlagen. Durch dieses planlose Vorgehen tritt die Ueberproduktion und in immer kürzeren Abständen wiederkehrende Krisen. In einer solchen Lage finden wir uns jetzt und ist das Ende derselben garnicht abzusehen. Große Arbeitslosigkeit ist die Folge, ebenfalls Hunger, Noth und Sorge. Wir modernen aufgeregten Arbeiter haben mit aller Macht eine andere Gesellschaftsordnung an, wo nicht mehr privokapitalistisch, sondern gesellschaftlich produziert wird, wo es keine Krisen mehr geben kann und wird. Was mir dieses große, schöne Ziel erreicht haben, dürfen wir nicht müßig sein. Ein Jeder muß ein Soldat seiner Organisation sein, muß seine volle Schuldigkeit thun im Dienste der Gewerkschaft. Es genügt nicht, wenn man sich einen Posten wählt und überläßt nun diesem die ganze Arbeit. Nein, ein Jeder muß mitarbeiten, wir dürfen nicht zulassen, bis der letzte Mann organisiert ist. Redner konstatierte, daß in Verth alle Kollegen-Mitglieder des Verbandes sind, die Klassenverhältnisse waren in besserer Ordnung, nun gelte

es uns innerlich zu festigen und unsere Führer in die Umgegend auszusprengen und alle Kollegen, die dort noch organisiert sind, zu organisieren. Wenn wir so arbeiten, werden wir künftige Soldaten der Organisation sein. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Sogleich wurden sich die Kollegen die Worte zu Herzen nehmen und darnach handeln. In der Diskussion wurde lebhaft darüber Frage gestellt, daß die Kollegen in Schweinitz, einem Orte, ungefähr 2 1/2 Stunden weit von hier, nicht für die Organisation zu gewinnen sind; alle Versuche, dieselben heranzuziehen, sind bis jetzt gescheitert. Die Kollegen, deren sich ungefähr 80 dort befinden, arbeiten in der arbeitsreicheren Zeit in Berlin und Magdeburg; dort sind sie doch jedenfalls im Besonderen, aber nur so lange, als sie dort in Arbeit stehen. Sobald sie sich wieder in der Heimat befinden, sind sie wieder organisationslos und machen den Verth'ser Kollegen schädliche Konkurrenz. Es soll Alles versucht werden, diese Kollegen für die Organisation zu gewinnen, nur wird allerdings gewünscht, daß die Verthiner und Magdeburger Mitglieder auf diese Kollegen einwirken.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Worms. Am 21. September, Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, stürzte der Neubau der Gebürde Gartenbach zusammen. Die sofort unternommenen Rettungsarbeiten dauerten bis zum nächsten Tage 9 Uhr Vormittags, wo dann die letzte Leiche geborgen wurde. Drei Wormser Familienmitglieder haben die Lotterarbeit mit ihrem Leben büßen müssen, es sind das der Maurer Jung und die Tagelöhner Wirbino und Meher. Die Ursachen des Einsturzes waren wie gewöhnlich: Schlechtes Material und lieberliche Arbeit. Wenn endlich wieder die Wormser Maurer zur Bestimmung kommen und durch Abnahme an der Organisation mit an der Abschaffung jener entsetzlicher Zustände arbeiten!

Stuttgart. 24. September. Gestern Abend, kurz vor 6 Uhr, ereignete sich an einem Neubau in der Panoramastrasse ein schreckliches Unglück. Wahrscheinlich wegen zu leichter Bauart des Maschinengerüsts brach dasselbe plötzlich, als ein schwerer Posten in die Höhe gezogen wurde, zusammen. Von den drei darauf beschäftigten Arbeitern, wurde einer todt und zwei schwer verletzt zum Plage getragen.

Gegen die Wohnungsnoth will auch der Sam-burgische Senat einschreiten. Er hat eine Vorlage eingebracht, worin er es als nothwendig erklärt, daß der Staat bei der Beseitigung des anerkannten Mangels an kleinen Wohnungen mitwirke. Er schlägt deshalb folgende Maßregeln vor: 1. Ueberlassung von staatlichem Grund und Boden zum Bau kleiner Wohnungen für einen billigen Preis und unter günstigen Zahlungsbedingungen. Ein abschließendes Urtheil darüber, ob die Ueberlassung zu Eigentum oder zu Erbbaurecht das geeignetere Mittel ist, sei zur Zeit noch nicht möglich. 2. Darlehensweise Vergabe von Baugeldern aus Staatsmitteln unter günstigen Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen. — Es soll in der angegebenen Weise für den Bau von etwa 1000 bis 1500 kleinen Wohnungen gefordert werden. 3. Erleichterungen in Beziehung auf die Grundsteuer. 4. Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften. 5. Abänderung der Vorschriften über Herstellung von Wohnhöfen.

Näheres über die merkwürdige Art von Wohnungsreform liegt zur Zeit noch nicht vor, es scheint aber nach alledem die Annahme gerechtfertigt, daß dabei für die Wohnungsbedürftigen garnichts herauskommen wird, eher etwas für die Baumentnehmer. Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften wird wohl Verschlechterung der Beschaffenheit der Wohnungen bedeuten.

Städtische Wohnungsfürsorge. Die Chemnitzer Stadteverordneten beschäftigten sich in einer ihrer letzten Sitzungen mit der Armen-Erhaltung. Es handelt sich dabei um ein Kapital von M 300 000, welches nach dem Willen des Erblassers zur Errichtung von billigen Wohnungen für die ärmere Bevölkerung von Chemnitz bestimmt ist. Nach dem Testament hat die Stadt das nöthige Bauareal unentgeltlich herzugeben. Im Laufe der Debatte entspann sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob auch die Zinsen des Stiftungskapitals zur Errichtung von Arbeiterwohnhäusern Verwendung finden sollen und für die letzteren ebenfalls städtischerseits das nöthige Areal abzutreten ist. Der Ausschuß hat nun zunächst erst über diesen Punkt Klarheit zu schaffen.

Vom Schlafstellen-Anwesen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ finden wir nachstehenden lesenswerthen Artikel:

In den letzten Monaten ist in einigen deutschen Bundesstaaten — angeblich als erster Schritt zur Hebung der Wohnungsnoth — eine Wohnungsaufsicht eingeführt worden, die sich auch auf die Inspektion der Schlafräume beziehen soll. So heißt es z. B. in der betreffenden Verordnung für Bayern, daß Schlafräume nicht in einer Weise belegt werden dürfen, welche den Anforderungen der Sittlichkeit zuwiderläuft. Jedem Schlafzimmer ist eine eigene Lagerstätte zur Verfügung zu stellen, und bei der Unterbringung von Schlafgästen ist die Trennung nach dem Geschlechte durchzuführen; auch für die Zugänge zu den Schlafstellen haben die Mithalten der Sittlichkeit Beachtung zu finden. Ebenso besteht für Württemberg die Vorschrift, daß die Schlafräume für Arbeiter, Bediente, Dienstboten und Schlafgänger vom innen gut verschließbar sein müssen und daß nur Personen desselben Geschlechtes einen solchen Schlafraum benutzen dürfen. Für Sachsen können auf Grund des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 durch Ortsregeln oder örtliche Polizeiverordnungen Bestimmungen über die Wohnungsaufsicht der zum Aufenthalt von Dienstboten, Gewerksgehilfen, Bedienten und Arbeitern bestimmte Räume getroffen werden.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß die Beförden jetzt endlich dem Schlafstellenmangel eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen, nachdem sie Jahre hindurch trotz der zahlreichen Publikationen einschüchter Sozialpolitiker nichts getan haben, um die kranken Mithalten auf diesem Gebiete zu beseitigen. Die Unterjüngungen von Privat- und von beamteten Mezzern und von Fabrikinspektoren lassen keinen Zweifel darüber auf-

kommen, daß das Proletariat in Deutschland vielfach in Wohnungen zu hausen gezwungen ist, die die Eittlichkeit im hohen Maße gefährden. Das gilt sowohl von den sogenannten Schlafstellen als von Arbeiterwohnungen, und nicht nur in großen Industriezentren, sondern auch auf dem platten Lande.

Die horrenden, fester unerschwinglichen Mietziffern bringen es mit sich, daß viele Arbeiter einen Teil ihrer ohnehin schon nicht ausreichenden Wohnung an Fremde verpachten müssen. In fast allen Großstädten nimmt das Schlafgängerwesen von Jahr zu Jahr einen immer größeren Umfang an. Im Jahre 1890 gab es in Leipzig 18 814 Wohnungen mit Schlafzimmern, d. i. 176 vom Tausend, in Frankfurt a. M. 2802 oder 32 v. T., in Breslau 9882 oder 125 v. T., in Berlin 58 226 oder 168 v. T., in Dresden 7117 oder 92 v. T.

Die Minderzahl der Aufnahme von Klerikern liegen klar auf der Hand. Es ist das Verdienst eines französischen Forschers, Raspeyres, den Einfluß aufgedeckt zu haben, welchen das Vorkommen vieler Prostituierten in einem bestimmten Quartiere auf die Lebensführung alleinlebender Arbeiter hat. In 28 Pariser Quartieren, in denen 8 p. H. der Chambregarnistinnen von Prostituierten lebten, hatten 22,9 p. H. der Chambregarnistinnen ein gutes Betragen. In 28 anderen Quartieren lebten 40 p. H. der Frauen von Prostitution, und hier hatten nach Angaben der Arbeitgeber nur 9 p. H. der Chambregarnistinnen ein gutes Betragen. Aus einer von demselben Autor bearbeiteten Enquete über den Einfluß der Wohnung auf die Eittlichkeit ergab sich für Paris, daß ein zweifelhaftes und schlechtes Betragen in den verschiedenen Gewerben um so häufiger ist, je mehr unter den Arbeitern Chambregarnisten vertreten sind, daß das Wohnen in eigenen Möbeln eine geringe Quote von Arbeitern mit schlechtem Betragen bedingt, und daß diese Wirkungen bei den Arbeiterinnen noch sehr viel stärker zur Geltung kommen.

Diese Ergebnisse dürften Niemanden überraschen, der die Verhältnisse kennt. Wie sollte es auch anders sein? Die Proletarierwohnungen sind überall förmlich dazu angeordnet, die Eittlichkeit zu untergraben. Kinder betetler Geschlechts müssen, wie es in der Denkschrift der Berliner Arbeiter-Sanktionskommission heißt, mit Eltern und oft mit Fremden im gleichen Räume, oft auch im gleichen Bette hausen, die Wirthschaft der Eittlichkeit gehen verloren, das Wirthschaftsleben bietet vielen eine angenehmere Erholung, als das Zusammensein mit Frau und Kind in einem Räume, der mit Fremden getheilt werden muß, in dem die Gelegenheiten zu Raub und Streit infolge des engen Aneinanderwohnens ununterbrochen besteht. Es werden die schlechtesten Wohnungen somit eine der Ursachen des steigenden Alkoholismus, der Verherrlichung des Familienlebens, der mangelnden Erziehung der Jugend. Und Frau Elisabeth C n a d - K ü h n e, die bekannte bürgerliche Frauenreformerin, weist in ihren Untersuchungen über die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierwaarenindustrie treffend auf die schmerzlichen Gefahren hin, die alleinlebenden Arbeiterinnen in stiller Einsamkeit aus dem Schlaflebensleben erwachsen. Nicht aus angenehmer Lust am Vergnügen, sondern weil sie kein würdiger Heim haben, suchen die jungen Mädchen im Einzelgange ober- oder auf der Straße den abstoßenden Einbrüden der Schlafstelle zu entziehen, die allen häuslichen Sinn und häusliche Tugenden im Keime erlöchen müssen. Kein Wunder, daß diese Mädchen, zumal wenn ihr Arbeitsverdienst kaum zur Befriedigung der notwendigsten Ausgaben ausreicht, den Verlockungen der Großstadt nicht zu widerstehen vermögen und ein so starkes Kontingent zur Prostitution stellen!

Die guten Spielbürger, die fort und fort davon reden, daß die Sozialdemokraten die Familie gefährden wollten, sollen, ansatz sich in solchen schändlichen Angriffen auf eine politische Partei zu ergreifen, lieber einmal der nackten Wirklichkeit ins Auge schauen; vielleicht würden auch sie dann zu der Ansicht bekehrt werden, daß die meisten Ursachen der Unstetigkeit in eben dieser bürgerlichen Gesellschaft zu erblicken sind, in der sie sich mit ihrer saten Bourgeoisie so wohl fühlen. Wären die Herren nur ein einziges Mal die Verhältnisse in den großen Industriezentren unterzucht, wo in Tages- und Nachtschicht gearbeitet wird und wo blicke das Familienoberhaupt bei Tage, der Schlafsuche bei Nacht zu Kaufe weilt. Die Zahl der Ehescheidungsakten, die in diesen Bezirken zur Verhandlung kommen, sprechen eine beredte Sprache. Selbst der wärmste Vertheidiger der heutigen Gesellschaftsordnung wird es nicht ableugnen können, daß die Mehrzahl der hier so häufigen Ehescheidungen in dieser ungeliebten Schlafzimmernwirtschaft begründet ist.

Auch die Arbeitgeber tragen vielfach durch die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen gewährten Unterkunftsräume zur Förderung der Unstetigkeit bei. Verdrängt doch u. a. der Gewerbeinspektor zu Rastowitz in dem neuesten Bericht, daß die Wohnungen der Bauarbeiter und der forstwirtschaftlichen Arbeiter im Bezirk Appeln schwere sittliche Schäden erkennen lassen. Dasselbe gilt von den Interkontinentalen, die mit großen Gärten verbunden sind und für die in Regelen und Steinbrüchen tätigen Arbeiter. So mußte p. B. bei einem abgelegenen großen Steinbruch die Frau des einen Arbeiters in einem Raum mit noch acht anderen Männern schlafen!

Und ist es auf dem Lande etwa besser bestellt? Mit nichten! Es sei nur erinnert, an das bekannte Werk des Pastors W i t t e n b e r g über die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse der evangelischen Landbevölkerung im deutschen Reiche. Nach einer eingehenden Schilderung der Arbeiterwohnungen im ostpreussischen Jansenparadies faßt der Autor sein Urtheil dahin zusammen:

„Bei ihrer ungenügenden Beschaffenheit werden die Wohnungen mit absoluter Sicherheit die Nuclei der Unzucht, und wenn eine Studie einer beliebigen Familie mit erwachsenen Kindern als Schlafraum dient, wenn konfirmirte Kinder beiderlei Geschlechts in einem Bette schlafen oder es mit einem Hofjungen anderer Geschlechts theilen müssen, wenn Kinder der Eltern den geschlechtlichen Verkehr der Hofjungen, auch wohl ihrer Kinder mit deren Schwestern in ihrer Schlafzimmern haben, dann muß man sich in der That wundern, wenn noch ein Rest von Schamgefühl übrig bleibt.“

Daß das Urtheil des Pastors Wittenberg nicht übertrieben ist, beweist das Vorkommen ganz ähnlicher Zustände in anderen Landkreisen. So berichtet der Kreisphysikus Dr. Haase über die Schnitterwohnungen im Kreise Soldin, daß in der Hälfte der von ihm untersuchten Fälle aus Mangel an Räumlichkeiten oder Unhygieine und Fülle der Schlafzimmere die Kreuzung der Geschlechter nicht durchgeführt war, und daß die Arbeitgeber diesen Zuständen gleichgültig gegenüberstehen.

Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß man im Herbst unter den Schnitterinnen mehr oder minder schwebende Mädchen antreffe, und die Schnitterhäuser gleichsam zu landlichen Bordellen ausarten: Besonders bedenklich war dies in mehreren Fällen, in welchem auf denselben Strohlager verheiratete, ohne ihre Frauen zugezogene Männer und ledige Wirthschaften direkt neben und zwischen den Mädchen bis unter zwölf Jahren schliefen.

Wären wir für den ganzen Umfang des deutschen Reiches eine geordnete Wohnungsinspektion haben, so würden vermuthlich noch weit schlimmere Zustände offenbart werden. Soffentlich wird wenigstens die jetzt in einigen Staaten ins Leben gerufene Wohnungsaufsicht den einen Erfolg haben, daß diejenigen Kreise, die bisher der Wohnungsfrage noch gleichgültig gegenüberstanden, aus ihrer Selbstgarnie aufgerüttelt und zu echter Mitarbeit an der kulturellen Aufgabe, der Befreiung des Wohnungselends, angeeignet werden. Mit Verzicht und Vergewaltigung ist hier nichts gekannt. Pflicht der Wohnungsinpektoren ist es, die Dinge so zu sichern, wie sie sind, damit auf Grund ihrer Erfahrungs endlich mit positiver Arbeit begonnen wird.

Die Geschäftslage der Baugewerke in der Schweiz im Jahre 1900.

In den jüngst erschienenen Jahresberichten des Schweizerischen Gewerbevereins und der Züricher Handelskammer werden sich kürzere Berichte mehrerer Baugewerke über das Geschäft im Jahre 1900. So wird in dem Bericht der genannten Handelskammer bezüglich der Zeitgeleit über alle jene, die mit der Bauwirtschaft zusammenhängen, also auch über die Ziegelei-Industrie, eine schmerzliche Zeit berichtet. Für die Ziegelei-Industrie, deren Produktionsfähigkeit in den letzten Jahren enorm gesunken wurde, fehlt der Absatz. Die meisten Ziegeleien haben, ohne sich um die Verringerung des Bedarfs zu kümmern, eilig weiter fabricirt, und zwar, wie es scheint, besonders die neuer Geschäft mit dem zugehörigsten „Wirtschaftsbetrieb“. Sie suchten sich mit reduzierten Preisen der stark angehäufte Vorräte zu entleeren und neue Kundenschaft zu erwerben, was natürlich die alten Stand zu behaupten, die gleiche Taktik zu verfolgen, um ihren Stand zu behaupten. Gegenüber den früheren guten Geschäften (Dividenden von 10-16 p. H. und mehr) sind nicht allein die so tief gesunkenen Verkaufspreise ausfallend, sondern auch der Umsatz, daß die allgemeinen Antzelen, die sich bei dem Quantum sehr nicht wesentlich reduzieren, sich auf ein kleines Quantum verkaufter Waare beschränken, also die Selbstkosten der Einzelheit zu vertheuern. Eine Besserung kann nicht früher erwartet werden, als bis die Vorräte reduziert sind oder bis eine Veränderung unter den Fabrikanten stattfindet. In deren Preisen sind schon vielerlei Hilfsmittel vorgebracht worden, unter Anderem Einschränkung der Produktion, Bildung von Verkaufshilfsstellen, Reduktion von Ziegeleien, um dieselben außer Betrieb zu stellen, aber eine Veränderung ist gescheitert, weil die Fabrikanten in denjenigen Gegenden, wo sie sich noch eines ordentlichen Absatzes zu erfreuen haben, so lange nicht mitmachen wollen, als diese glückliche Lage noch andauert, während andere Ziegelei diese eine Veränderung als heilsam und notwendig anerkennen, sich aber einer Kontrolle bezüglich der Beobachtung der Abmachungen nicht unterziehen wollen. Inzwischen haben die Preisstürze, die bei den Normalpreisen bereits über 40 p. H. gegenüber den höchsten Preisen von 1890 betragen, schon verschiedene Ziegeleien zu Grunde gerichtet, und zwar sind im Kampfe neben älteren Gründungen angelegene alte Geschäft unterlegen.

Im Jahresberichte des Gewerbevereins giebt der schweizerische H a r n e r m e i s t e r v e r b a n d folgende Schilderung der allgemeinen Geschäftslage: „Sie steht mit der Bauwirtschaft in engem Zusammenhange, so daß nicht überall über guten Geschäftszug berichtet wird. Die nicht bedenkenswerthe Stellung unseres Berufes ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Eine große Konkurrenz bereiten unserer Ziegeleiindustrie die Zentralfabriken, indem diese für sich die besten und löhrendsten Aufträge abjournen, wiewohl dieselben auch nicht unsehbar sind. Für Spekulationsbauten ist dann bei gedrückter Preislage der Kachelofen noch gut genug. Sehr zu Ungunsten unserer Branche ist der jetzige unklare und zu niedrige Zollansatz für unsere Waaren, wodurch es den großen ausländischen Fabriken, größtentheils Alliengeellschaften, ein Leichtes ist, unser Land mit ihren Produkten zu überschwemmen. Uns vorwärts haben sie billigere Frachten, wohlfeilere Rohmaterialien, nicht so theure, aber doch besser ausgebildete Arbeitskräfte. Das Fehlen von jüngeren, tüchtigen, beruflich geschulten Arbeitern ist für uns von großem Nachtheil, indem dadurch oft minderwertige Resultate hervorgerufen. Ferner wird unser Beruf in der Schweiz nur handwerklich betrieben, und ist die engbräugige und einseitige Auslegung des Fabrikgesetzes (das die Behörden eben pflichtgemäß durchführen wollen und auch sollen) nicht gerade ein Hindernis zu weiterer Entwidlung. Nicht Raubzeit und Gleichgültigkeit der Wirthschaft fördert ihre Interessen, sondern nur Einigkeit, Ehrlichkeit und gegenseitiges Vertrauen.“ In dieser Darstellung sind mangelnde Unrichtigkeiten enthalten, insbesondere bezüglich der Arbeitsverhältnisse. Bei den schweizerischen Unternehmern ist die Ansicht weit weniger geläufig, als die höchste Arbeitslöhne geben, mit welcher Umarmtheit sie beständig haften gehen. Im vorliegenden Falle ist noch besonders einseitig und unrichtig die Behauptung von den besten Arbeitskräften der Schweiz aus Deutschland stammen. Ebenso unbedeutend ist die Klage über die „einseitige Auslegung“ des Fabrikgesetzes, denn in Wirklichkeit ist den Herren eben das ganze Gesetz ein Dorn im Auge, was freilich seine Weiterregulierung

nicht zu beeinträchtigen vermag. In der Hauptsache leiden eben alle Baugewerke unter der Krise und nicht unter den von den Herren so sehr beklagten Verhältnissen, und darum ist ihre Darstellung eine einseitige.

Aus anderen Berufen.

* **Christliche Handlanger des Unternehmerrthums.** Bei dem Zimmerertritt, der gegenwärtig in Düsseldorf ausgefochten wird, geben sich Organe des Zentrums so eifrig für die Förderung der Unternehmerrthums und zur planmäßigen Schädigung der Interessen der Arbeiter her. Verschiedene Zentrumsblätter in der weiteren Umgebung von Düsseldorf machen bekannt, daß Zimmerleute, welche dem Zimmererverbände nicht angehören, im Düsseldorf — natürlich als Streikbrecher — Beschäftigung finden. Ferner wird mitgetheilt, daß christliche Organisationen ihre Zentren einhäuser als Interzessionsstätte für Streikbrecher hergeben. Ein derartiges Verhalten trennen nicht treffend die Organe des Zentrums, die es ja selbst, sich bei passenden Gelegenheiten ein volksfreundliches Wort zu sagen umgeben und sich als „Volkspartei“ aufspielen. Hier aber, wo eine Arbeitergruppe nach einer geringen Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse strebt, sind es die „betenen“ Zentrumsleute, welche die Arbeiter hindern in den Weg treten. Trotz dieser Mängelhaftigkeit von ultramontaner Seite führen die Zimmerer ihren Streit mit der festen Hoffnung auf einen allgemeinen Erfolg fort. Sie haben erst dieser Tage die Streikunterstützung auf 4 pro Tag erhöht. Es arbeiten bereits 250 Zimmerer am Ausstellungsban und 150 an anderen Arbeitsstellen unter den gebotenen Bedingungen.

* **Der Generalstreik in Frankreich.** Das Generalcomité der ministeriellen Sozialisten hat sich in seiner Sitzung vom 18. September für den Generalstreik ausgesprochen. In der Resolution heißt es, daß die Partei kein Mittel unangewandt lassen dürfe, durch welches die herrschenden Klassen Reformen zu Gunsten der Arbeiter zu erzwingen könne. Diese Reformen würden aber niemals abringen, die friedliche und geschäftliche Umwandlung der heutigen in die kommunistische Gesellschaft herbeizuführen. Im Hinblick darauf, daß ohne irgend ein anderes revolutionäres Mittel zu verschmähen, der Generalstreik als schnellste und sicherste Methode erscheint, die Arbeiterklasse zu mobilisieren und in den Dienst einer revolutionären Erziehung zu stellen, fordert das Generalcomité die Arbeiter auf, sich in ihren ökonomischen und politischen Organisationen auf die event. Anwendung dieses Mittels vorzubereiten.

* **Ein Landarbeiterkongress in Italien.** In Mantua tagte am vergangenen Sonntag ein Kongress der Landarbeitervereinigung des Kreises Mantua. Am 2. Februar d. J. hatte der Bund, mit Verona zusammen 121 Vereine mit 15 000 Mitgliedern gefaßt, heute zählt der Bund ohne die beronesischen Vereine, die sich jetzt in einer besonderen Föderation vereinigt haben, 244 Vereinigungen mit 31 880 Mitgliedern. Die Leitung des Bundes wurde beauftragt, sich mit anderen Provinzialleitungen in Verbindung zu setzen und noch vor Ende des Jahres einen Kongress einzuberufen, um eine allgemeine Nationalföderation der Bauern- und Landarbeitervereine Italiens zu begründen. Von dem Geist, der in jenen Bauern- und Landarbeitervereinen herrscht, giebt eine Resolution Zeugnis, in der es heißt, daß der Kongress die unvollkommene Beschaffenheit der Verbände anerkenne, daß die Unvollkommenheiten und die begangenen Irrthümer vor Allem dem Mangel der Arbeiter an Klassenbewußtsein und dem Mangel sozialistischer Aufklärungszwecke zuzuschreiben sei. Es wird beschlossen, den Kreis in ihren ökonomischen und politischen Organisationen auf die event. Anwendung dieses Mittels vorzubereiten, den Kreis in ein Comité vorzulegen, um so die Agitation intensiver betreiben zu können. Der Kongress nahm auch Stellung zur Frage der Parteitaktik. Das Verhalten der Sozialisten wurde gutgeheißen, da die jetzige liberale Richtung der Agitation unter den Landarbeitern und der Bildung von Organisationen günstige Bedingungen biete. Da die Verarmung und Koalitionspolitik die Vorbedingung der Entwidlung und des Aufstiegs der Arbeiterklasse sei, so sei eine Regierung, die diese Bedingungen schaffe und erhalte, zu unterstützen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Wahltag.** In Halle a. S. erhielten bei der Gewerbegerichtsbarkeit die von den Sozialdemokraten aufgestellten Arbeitnehmer 2947 Stimmen. Gegenwärtige Kandidaten waren nicht aufgestellt. Als Arbeitgebervertreter wurden die von bürgerlicher Seite aufgestellten Kandidaten mit 344 Stimmen gewählt, während auf die Liste unserer Genossen 207 Stimmen abgegeben wurden.

* **Die Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kassenvereinigungen der Invalidenversicherung.** Bei allen Versicherungsanstalten sind im Jahre 1900 insgesamt 27 427 Personen mit einem Kostenaufwand von 6 210 720,33 in Heilbehandlung genommen worden, gegen 20 039 Personen im Jahre 1899 mit 4 056 975,19.

Zu den 27 427 Behandelten gehören 8442 wegen Lungen- tuberkulose und 8765 wegen anderer Krankheiten, ferner 2532 behandelte Männer sowie 2682 Invalidenberufshilfe und 6276 wegen anderer Krankheiten, ferner 2532 behandelte Frauen.

Von den genannten Gesamtsummen entfallen auf Familienunterstützung 4 506 773,07 im Jahre 1900 gegen 1 764 152,24 im Jahre 1899. Dagegen betrug der den Versicherungsanstalten von den Krankentafeln, Gemeinden z. erste Betrag 945 059,33 im Jahre 1900 gegen 496 005,22 im Jahre 1899. Die Einführung der obligatorischen Familienunterstützung und der Erbschaftsteuer für die Krankentafeln nach Maßgabe von § 18 Abs. 3 und 4 des Invalidenversicherungs- gesetzes hat also im Jahre 1900 gegen das Vorjahr eine Erhöhung der den Familien der Versicherten gezahlten Beträge auf nahezu das Dreifache bewirkt, während die Erbschaftleistungen der Krankentafeln z. in der gleichen Zeit auf nahezu das Doppelte gestiegen sind, und 1900 mehr als 15 p. H. der Gesamtsummen der Versicherungsanstalten für Heilbehandlung ausmachen. Der durchschnittliche Kostenaufwand für eine wegen Lungenüberholse behandelte Person in der „ständigen“ Heilbehandlung betrug im Jahre 1900 4 339,39 gegen 3 11,98 im Jahre 1899, der durchschnittliche Kostenaufwand für einen Verpflegungs-

tag 4.57 gegen 4.20 im Vorjahre. Dagegen stellte sich der durchschnittliche Kostenaufwand für eine wegen einer anderen Krankheit als wegen Lungentuberkulose behandelte Person in der „häusigen“ Heilbehandlung auf 170.27 im Jahre 1900 gegen 161 im Jahre 1899 und der durchschnittliche Kostenaufwand pro Tag für einen solchen Kranken auf 3.41 gegen 3.04 im Vorjahre. Hierzu ist zu entnehmen, daß im Jahre 1900 eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Kostenaufwandes für eine Person sich bemerkbar macht, was seinen Grund wohl in der seitens vieler Heilstätten vorgenommener Erhöhung der Pflegegelder hat. Der durchschnittliche Kostenaufwand bei den an Lungentuberkulose Erkrankten war etwa doppelt so groß wie bei den an anderen Krankheiten Leidenden.

Diese erheblichen Unterschiede beruhen im Wesentlichen darauf, daß bei den mit Lungentuberkulose Befallenen wegen der Abhängigkeit einer besonders kräftigen Ernährung der Verschleimtag durchschnittlich 1 1/2 heuker zu stehen kommt als bei den anderen Krankheiten. Leidenen und mit Rücksicht auf die Natur des Leidens eine 23 bis 28 Tage längere Behandlungsdauer geboten ist.

Auf 100 „häusig“ behandelte Personen wurde bei Abschluß des Heilverfahrens Geistesfolge erzielt, so daß Invaliderität im absehbarer Zeit nicht zu bezorgen war: a) bei den wegen Lungentuberkulose behandelten Personen im Jahre 1897 in 68, 1898 in 74, 1899 in 74 und 1900 in 72 Fällen; b) bei den wegen anderer Krankheiten behandelten Personen im Jahre 1897 in 69, 1898 in 73, 1899 in 71 und 1900 in 72 Fällen.

Auf 100 „häusig“ behandelte und kontrollierte Personen hat der 1897 erzielte Geistesfolg gedauert: bis zum Schluß des Jahres 1897 bei den wegen Lungentuberkulose behandelten Personen in 61 Fällen, bei anderen Erkrankten in 50 Fällen; bis Schluß des Jahres 1898 bei Lungenträgern in 43, bei anderen Erkrankten in 45 Fällen; bis Schluß des Jahres 1899 bei Lungenträgern in 29, bei anderen Kranken in 39 Fällen; bis Schluß des Jahres 1900 bei Lungenträgern in 28, bei anderen Erkrankten in 37 Fällen. Besonders auffallend ist, daß nach den Ergebnissen der Heilbehandlung aus dem Jahre 1897 bei Lungentuberkulösen im 3. Jahre nach dem Behandlungsjahr nur noch ein geringer Mißgang der erzielten Anfangserfolge bemerkbar wird. Es berechtigt dies, wie das Reichsversicherungsamt meint, vielleicht zu dem Schluß, daß zur Beurteilung der Lungentuberkulösen erzielten Geistesfolge im Allgemeinen schon ein vierjähriger Zeitraum genügt.

Auf 100 im Jahre 1897 mit Erfolg häusig behandelte Personen ist die häusige Heilbehandlung wiederholt worden bis zum Schluß des Jahres 1898 bei Lungenträgern in 9, bei anderen Kranken in 8 Fällen, bis zum Schluß des Jahres 1899 in 15, bei anderen Kranken in 10 Fällen, bis zum Schluß des Jahres 1900 bei Lungenträgern in 16, bei anderen Kranken in 11 Fällen. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Fälle wiederholter Heilbehandlung im ersten Jahre nach Ablauf des Behandlungsjahres bei Lungentuberkulösen nicht wesentlich zahlreicher sind als bei den wegen anderer Krankheiten Behandelten, daß aber bis zum Schluß des zweiten und dritten Jahres nach Ablauf des Behandlungsjahres für Lungentuberkulöse das Bedürfnis nach einer Wiederholung der Heilbehandlung stärker hervortritt als bei sonstigen Kranken.

*** Innungsmeister und Krankenversicherung.** Auf dem Innungstage in Gotha, scheidet man dem „Vorwärts“, haben sich die Innungsmeister — wenigstens was ihre Stellung zu der bevorstehenden Reform des Krankenversicherungsgesetzes betrifft — einer auffallenden Zurückhaltung befleißigt. Sie haben sich darauf beschränkt, eine Länge für die Innungsrankenfassen einzulegen. Und das ist in der That das Mindeste, was die Innungsbrüder thun konnten.

In Wahrheit aber haben sie bezüglich der bevorstehenden Reform des Krankenversicherungsgesetzes noch so manchen anderen Wunsch auf dem Herzen. Dies beweist die Petition, welche der geistlich-führende Ausschuß des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister an die Reichsregierung und die Ministerien der deutschen Bundesstaaten haben eingereicht hat. Selbstverständlich steht auch in dieser Petition an erster Stelle die Bitte für die Erhaltung der Innungsrankenfassen. Weichend ist es jedoch, daß die Begründung dieser Forderung eine ganz andere ist, als die des Gothaer Innungstages. So fehlt in der Petition die in der Gothaer Resolution entfaltete Behauptung, daß die Innungsrankenfassen „im Allgemeinen höhere Unterhaltungen als die Ortsrankenfassen genährt und objektiv vermaltert werden.“ Diese Behauptung hat der „geistlich-führende Ausschuß“ aus seiner Petition mit gutem Grund weggelassen. Denn wie steht es hinsichtlich der den Leistungen der verschiedenen Krankenfassen? Im Jahre 1899, dem letzten, aus dem genaue Angaben vorliegen, kamen an Krankheitskosten auf ein Mitglied im Durchschnitt des Jahres:

| | |
|---------------------------------------|----------|
| in den Betriebsrankenfassen | M. 21,15 |
| „ Baukrankenfassen | „ 20,44 |
| „ Eingetragenen Hilfsfassen | „ 17,97 |
| „ Ortsrankenfassen | „ 15,11 |
| „ Landesrechtlicher Hilfsfassen | „ 14,71 |
| „ Innungsrankenfassen | „ 13,77 |

Auch in Verhältnis zu den Beiträgen sind die Leistungen der Innungsrankenfassen die geringsten. Reine der bestehenden Klassenarten giebt den Mitgliedern einen so geringen Anteil ihrer Beiträge in Gestalt von Krankheitskosten zurück, wie die Innungsrankenfassen und keine der Klassenarten, die ihre Verwaltung selbst bezahlen müssen, verdraucht einen so großen Anteil der Einnahmen auf Verwaltungskosten, wie die Innungsrankenfassen. Die Innungsrankenfassen leisten also in jeder Hinsicht am wenigsten und zu ihrer Erhaltung liegt auch nicht der geringste sachliche Grund vor.

Und nun erst die „objektive“ Verwaltung der Innungsrankenfassen! In der Petition des „geistlich-führenden Ausschusses“ wird ausdrücklich hervorgehoben, daß in bewältigender Weisheit dieselben (nämlich die Innungsrankenfassen) „von der Befugnis aus C. D. § 90 Gebrauch machend, freiwillig die Hälfte statt des ihnen gesetzlich obliegenden Dritttheils der Krankheitsbeiträge übernehmen, um an der Verwaltung in gleichem Maße wie die Versicherten theilhaftig zu werden.“ In der „bewältigenden Weisheit“ dieser Klassen ist also entsprechend dem gültigen Paragraphen der Gewerbeordnung „der Vorsitzende sowie die Hälfte der Mitglieder des Vorstandes und der Generalversammlung von der Innung bestellt.“ D. h. die Innungsmeister haben die Ver-

waltung in ihrer Hand, die versicherten Arbeiter aber sind ohne jeden Einfluß. In ihrer Petition verlangen denn auch die Meister die Erhaltung der Innungsrankenfassen, um die Verwaltung auch fernern für sich zu haben und eine Erhöhung der Krankheitskosten zu vermeiden.

Auch für die Stellung zu allen anderen, bei der Reform des Krankenversicherungsgesetzes in Betracht kommenden Fragen ist den Innungsmeistern einzig und allein der Kostenpunkt maßgebend. Wären die Mißstände auch noch so arg, die Erfahrungen Abhilfe auch noch so dringend heischen, die Innungsmeister haben immer nur die eine Antwort: es darf nichts geschehen, die Kosten sind zu groß. Belanmlich sind sehr oft die Dienstboten dadurch geschädigt, daß für sie eine genügende Krankenfürsorge nicht besteht. Deshalb ist die Ausbeziehung der Versicherungspflicht auf diese Arbeiter beabsichtigt. Die Innungsmeister erklären jedoch in ihrer Petition schlanke, für das Gelingen sei „ausreichend“ gesorgt und deshalb eine weitere Krankenfürsorge „durchaus entbehrlich“. Dasselbe Wohlwollen haben die Meister für die anderen Arbeiter. Wiederholt ist es bereits zur Sprache gebracht worden, daß die meisten Krankenträger für die erkrankten Arbeiter nur in den ersten dreizehn Wochen der Krankheit sorgen. Die Invalidenfürsorge tritt aber erst nach Ablauf der 26. Woche ein. Wüßten nicht die fränke Arbeiter von der 14. bis zur 27. Woche ohne jede Unterstützung da. Daß dies ein schwerer Mißstand ist, der möglichst bald durch die Ausbeziehung der Krankenfürsorge bis zum Ablauf der 26. Woche der Krankheit beseitigt werden muß, liegt für jeden verständigen Menschen auf der Hand. Auch im Reichstage ist diese Erweiterung der Krankenversicherung sowohl von der Regierung als auch von allen Parteien als notwendig anerkannt worden. Anders urtheilen die Innungsmeister. Sie verwerfen diese Venderung, weil dieselbe „naturgemäß eine Mehrbelastung der Krankenträger und folglich eine Erhöhung der Krankheitsbeiträge nach sich ziehen muß, welche zu tragen das Kleinverdienende und das Handwerk nach deren wirtschaftlicher Lage nicht im Stande sind.“

Wir wünschen auch keine Erhöhung der Krankheitsbeiträge; wir haben aber erst vor einigen Tagen den Weg gezeigt, auf dem man ohne die Erhöhung der Krankheitsbeiträge eine bedeutende Erweiterung der Krankenleistungen erreichen könnte.

Endlich widerprechen die Meister in ihrer Petition „entschieden“ der Ansicht, die Krankenfürsorge auch den Arbeitern zu sichern, welche sich eine Krankheit durch „gesetzliche Ausweisungen“ ausgezogen haben. „Denn“, so heißt es wortwörtlich in der Petition, „es beanspruchen jetzt schon gerade die doch meist selbstverschuldeten (1) Geschlechtskrankheiten einen verhältnismäßig großen Theil der Gesamtaufwendungen, welches Verhältniß noch mehr hervortreten würde, wenn die Krankenträger auch für die, zur Zeit von der Krankenträgerunterstützung ausgeflossenen, auf großen (1) Ausweisungen beruhenden, stets langwierigen oft sogar unheilbaren Krankheiten einzutreten hätten, weil dann die jetzt beobachtete Vorsicht der Versicherer später gänzlich fortfallen würde.“ Hiernach scheinen die Herren recht gründliche Erfahrungen auf diesem Gebiete zu haben.

Polizei und Gerichte.

*** Wegen Vergehens gegen das Wehgesetz und** Aufforderung zur Vorgehung strafbarer Handlungen ist der Vorsitzende der Generalcommission, Genosse Legien, in Hamburg zu M. 100 Geldstrafe verurtheilt worden. Die Strafthat soll begangen sein in einem Artikel des von der Generalcommission herausgegebenen und von Legien verantwortlichen gezeichneten italienischen Blattes „Operaio“. Darin war von einem Streik die Rede und es sollen die Arbeiter dadurch zur Mißhandlung von Streikbrechern aufgefordert worden sein. In der Verhandlung entwickelte sich ein Streit um die Uebersetzung des Wortes sentita, das die Polizei mit fähbar, Legien und ein ausgezogener Dolmetscher aber mit empfindlich überlegen. Das Gericht machte sich die Polizeibersetzung zu eigen und kam so zu der Verurteilung.

*** Der Herr Bürgermeister der „Weltstadt“** Schrimm. Ueber den Verlauf der dortigen Bauhandwerker-Versammlung, deren wir in letzter Nummer unseres Blattes erwähnten, entnehmen wir der „Posener Volkszeitung“ noch Folgendes: In des Bürgermeisters „Schorstein“ stilles Heiligthum brach kürzlich ein ungeheurer Gast in der Person des Bauers B a u d e aus Breslau ein mit dem straflichen Vorfall, die dortigen Maurer und Zimmerer zum Umsturz der Welt zu verleiten! Er selbst gab zwar an, er habe nur die Berufskollegen zum Eintritt in die Organisation veranlassen wollen. Zu diesem Zwecke hatte er für den 8. September eine Versammlung angemeldet und machte den Anwesenden die Zwecke des nichtstaatlichen Zusammenstufes im Allgemeinen und die Vorzüge des Bauerverbandes im Besonderen klar. Der böse Mensch aber hatte ganz außer Acht gelassen, daß am selben Sonntage in Schrimm ein Arbeitervereinsfest stattfinden sollte und der Herr Bürgermeister auch daran lebhaft interessiert zu sein pflegt. Es waren — um die umstürzlerischen Bestrebungen auch genau über-tachen resp. verhindern zu können — außer dem Herrn Bürgermeister noch ein Wachtmeister von der Gendarmarie und als Ersatzmann der Polizei-Inspektor erschienen. Bevor die Versammlung begann, fragte der Beherrscher aller guten Bürger von Schrimm einen Protokollführer Kollegen des Bauers nach „seinem“ W e f ä h i g u n g s n a c h w e i s. Ob er den anwesenden Bauunternehmern die gleiche Frage vorgelegt, hat man uns nicht berichtet. Aber da der Herr in berechtigtiger Sorge um das Wohlergehen seiner Untergebenen war, konnte die Versammlung nicht eher beginnen, bis die Anwesenden ihre Stöße hinausgetragen hatten. Schließlich wurde dem Referenten huldvollst geklatscht, seine Rede zu beginnen. Aber nach einer halben Stunde sollte die Gerechtigkeit bereits ein Ende nehmen. B a u d e hatte gerade von den Bauverfassungsgenossen gesprochen und dabei die kühne Behauptung aufgestellt, in diesen wären keine Arbeiter vertreten. Das dudete der Herr Oberbürgermeister nicht länger und mit einem klugen Schwunge stand er in der Mitte des Zimmers und löste die Versammlung auf. B a u d e wollte sich das noch nicht gefallen lassen und erlaubte sich deshalb gar, nach dem Grunde der Maßnahme zu fragen. Indessen der Geseßkennner und Bürgermeister erklärte ihm ebenso deutlich wie gründlich: „Sie sind Breslauber, wie können Sie nach Schrimm kommen und den Leuten hier erzählen, in den Verfassungsgenossen säßen keine Arbeiter? Das Weitere wird sich finden!“ Und es fand sich,

Am anderen Morgen wurde der Insulpat auf's Stadtgericht — baron, auf das Bürgermeisteramt geladen und ein hochnotwendiges Verhör nach Feststellung der Personalien angestellt. Jetzt hatte man die Geseßsparagraphen herausgefunden, die B. verletzen sollte: Verschleimmachung von Staatsverrichtungen zc. zc. Der Herr Bürgermeister wollte noch ein Lebriges thun, und den un-wissenden B a u d e „aufklären“ über die soziale Geseßgebung. Dabei bemerkte er auch: „Sie sind doch Sozialdemokrat und reisen seit Jahren für diese Partei, denn Sie sagten doch, die Organisation habe 90 000 Mitglieder. Da mußten Sie doch besser Bescheid wissen!“ Der Wahrheit gemäß beschrift B a u d e, für die Sozialdemokratie zu „reisen“. Inzwischen schüttelte das Stadtoberhaupt den Kopf und erklärte: „Jetzt haben Sie sich vertragen. Sie bestreiten, Sozialdemokrat zu sein! Dann legte er dem Delinquenten das Protokoll zur Unterschrift vor. Er war jedoch höchlichst verwundert, als B. sich weigerte, zu unterschreiben und kurz und bündig Schluß der Verhandlungen machte, indem er sich höflich empfahl.“

Einige Tage nach dem Vorfall erschien in dem polizeif-Offizieren „Posener Tageblatt“ über die Angelegenheit folgender Bericht:

Montag Nachmittag fand hier im Restaurant von Friedmann eine außerordentliche (1) Maurer- und Zimmerer-Versammlung unter Leitung des Maurerparlaments-Günstler von hier statt. Referent war der 26 Jahre alte Herr B a u d e aus Breslau, dessen taktvollem Geseßratte (1) Rede zur Auflosung durch Herrn Bürgermeister Schorstein führte. Der Vortrag wurde von vielen Anwesenden nicht gefallen haben, denn als die Versammlung aufgehoben wurde, erfolgte aus vielen Mäulern (1) der Ruf: „Unser Bürgermeister liebe hoch! wir brauchen keine Sozialdemokraten!“

Da die Personalien des B. nur auf dem Urte festgestellt wurden, kann man füglich nur annehmen, daß die Angaben über das Alter des B a u d e aus dem Urte stammen. Und das bedeutet doch mindestens eine Indiskretion der Herren vom Urte. Sollte man den Verräther des Amtsgeheimnisses nicht ermitteln können? Schrimm steht immer noch auf seinem Fiede. Der Bürgermeister und die „vielen Rehlen“, die so begeistert Rufe ausstießen, haben es vor dem Umsturz bemerkt. Allerdings wird von bösen Zweifeln behauptet, die Rufe: „Es lebe unser Stadtpräfekt, der Herr Bürgermeister!“ seien lediglich von einem dem Alkohol ergebenen Bauunternehmer ausgegangen. Und damit wäre allerdings in die Hofburg patriotischen Bewußtseins der wackeren Schrimm-Bevohner eine beidseitige Wunde gelegt.

*** Fabrikinspektor und Unternehmer.** Ein Münchener Landgericht hatte kürzlich einen Fabrikhaber, der dem Fabrikinspektor den Eingang durch das Fabrikthor verweigerte, von der über ihn verhängten Geldstrafe freigesprochen. Das Oberlandesgericht hatte auf die Revision des Staatsanwalts das Urtheil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurückver-wiesen.

Dieses sprach den Angeklagten jetzt abermals frei mit der Begründung, daß dem Fabrikinspektor nach dem § 139 b Absatz 4 grundsätzlich das Recht zustehe, alle Eingänge zu dem Betriebe zu benutzen, sofern er hierfür genügende Grund habe. Dr. Bergmann hatte aber nach eigener Angabe keinen Grund hierfür und habe auch zugeben müssen, daß ihm ohne Beeinträchtigung der Revision auch der andere zu demselben Ziele führende und gleichzeitige Weg freigegeben habe. Eine Verständigung zwischen Direktions-bureau und Fabrik bei Ankunft des Inspektors sei gänzlich ausgeschlossen, da das Bureau der Fabrikleitung abseits vom Wege liegt und mit der Fabrik in keiner telephonischen Verbindung stehe, so daß von einer Vereitelung oder Verzögerung einer unermühten Revision nicht die Rede sein könne.

Man kann diese Auslegung des § 139 b auch umkehren und sagen, der Unternehmer hatte keinen Grund dazu, dem Inspektor den Eintritt durch das Fabrikthor zu verweigern und deshalb ist er schuldig. Zwar hat der Unternehmer in der Verhandlung erklärt, daß er zu seinem Verhalten „triftige Gründe“ gehabt hätte; aber wenn das Gericht überhaupt erst die Frage nach dem Grunde stellt und die Vorchrift des § 139 b nicht ohne Weiteres als bindend anerkennt, dann muß es auch in eine Prüfung der Gründe eintreten und feststellen, ob die Gründe wirklich „triftig“ sind. Damit käme es dann auf einen Weg, der dem Fabrikinspektor die Hände bindet. Für diesen genügt es zu gewissen-hafter Ausübung seines Amtes, wenn er aus blohem, zunächst durch keinerlei Thatfachen oder Vermuthungen begründeten Mißtrauen, alle ihm dienlich erscheinenden Wege einschlägt, eine unermühtete Revision auszuüben. Mißtrauung ist sein, liegt im Wesen seines Amtes; je mißtrauung er ist, um so sicherer ist er, daß er nicht doch hinter-gangen wird. Ein solches allgemeines Mißtrauen könnte aber dem Gericht als „Grund“ gewiß nicht genügen. Die einfache Erklärung, er habe „triftige Gründe“, wie sie der Unternehmer gegeben und das Gericht sie ohne Prüfung hingenommen, ist doch sehr billig und bedeutet für eine gerichtliche Feststellung gar nichts.

Das Gericht mußte sich deshalb auf den Standpunkt stellen, daß „Gründe“, von denen ja auch nichts im Gesehe steht; überhaupt keine Rolle spielen können und daß die Vorchrift des § 139 b dem Fabrikinspektor das Recht giebt, ganz nach eigenem Ermessen und ohne jeden weiteren Grund die Fabrik durch jeden beliebigen Eingang zu betreten. Das allein kann auch nur eine erspriechliche Ausübung seines Amtes ermöglichen. Hoffentlich giebt das Oberlandesgericht das Urtheil abermals auf und hebt dem Landgericht entsprechende Direktionen.

Verschiedenes.

*** Die Arbeiterbildungsschule Berlin,** Engländer 16, Hof Intz, 2 Treppen, eröffnet mit dem 14. Oktober einen neuen Unterrichtskursus in Geschichte, Naturkenntnis, National-ökonomie und Rechenbuch. Ueber Kurus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 S; das Unterrichts-geld für jedes Jahr beträgt pro Kurus M. 1 und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. — Der erste Abend jedes Kurus stellt Nebemann zugun-entgeltlichen Besuch frei.

* Ein Vermächtnis an die sozialdemokratische Partei. Auf dem diesjährigen Parteitag machte der Parteikassierer, Genosse Gerlach, anlässlich seiner Berichterstattung über die Finanzverhältnisse der Partei die freudig übertragene Mitteilung, daß ein bis zu seinem Tode gängig unbekannt gebliebener Parteigenosse sein hinterlassenes Vermögen im Betrage von 40 000 der Partei vermacht habe. Ueber den Erblasser entnehmen wir der „Solinger Arbeiterstimme“ folgende nähere Angaben: Der am 7. August d. J. zu Wachen verstorbenen Rentner Wilhelm Josef Schmitz, ein alter, nicht-underrigter, war Junggeselle und, einer gut katholischen Familie entstammend, von Beruf Apotheker und ein durchaus wissenschaftlicher Mann; sein Vater war vor langen Jahren Professor am Karlsghymnasium zu Wachen. Schon früher huldigte er fortschrittlichen Ideen und an den Ereignissen von 1848 hat auch er thätigen Anteil genommen. Obgleich er, nachdem sich im Laufe der Jahre die deutsche Sozialdemokratie entwidelt, als Parteigenosse nicht an die Öffentlichkeit getreten, war er in den letzten Jahrzehnten auch sein hohes Alter hinderte — er ist achtzig Jahre alt geworden — hat er stets und reichlich für seine Ueberzeugung materielle Opfer gebracht. Aber auch sonst war er ein warmer Freund der Armen und heute betrachtet manche und mancher Arme in Wachen, das ihm eine liebe Gattin Schmitz gestorben ist. Durch Vermittelung eines Solinger Parteigenossen, der Schmitz aus früheren Zeiten kannte, kam letzterer vor mehreren Jahren nach Solingen und distirte dort vor dem Notar seinen letzten Willen; er vermachte, wie eingangs bemerkt, der Partei sein gesamtes Hab und Gut, abzüglich zweier Legate an Dienstmädchen, ein Legat an den Theaterklubverein in Wachen und eine Anzahl antiker Gegenstände an das Suermondt-Museum in Wachen. Engere Verwandten hat der verlorbene Parteigenosse nicht hinterlassen und die entfernteren Familienangehörigen, die sich wenigstens in den letzten Jahren nie um den alten Mann bekümmert haben, fanden sich bei dem Ableben des Herrn Schmitz schämig als trauernde Hinterbliebenen ein, um sich zu vergewissern, wie hoch die Hinterlassenschaft sei und ob ein Testament vorhanden. Der eine dieser Verwandten, übrigens ein sehr reicher Mann, wollte sich mit dem vermögenslos gewordenen Erben nicht begnügen, sondern er ließ in aller Eile auch dem vermögenslosen Teil eines anderen Verwandten, von dem er eine ausgelegte Forderung von 10 000 durch das Gericht mit bedingtem Urzeit belegen. Dieser Selbstkaufung folgte vor einigen Tagen eine unerwartete Genüßigung um 10 mehr, als fund wurde, was die vorstehende Erben sind. Es ist erklärlich, daß, als unser Solinger Genosse, der dem Erben mit ausreichender Vollmacht legitimiert, die Geschäft antrat, als „rotter Erbschleicher“ tituliert wurde. Zwei Tage nach dem erfolgten Tode wurde unser alte Genosse im Krematorium zu Mannheim, seinem Wunsch gemäß, durch Feuer bestattet.

* Christliche Bauarbeiter wider den Brotwucher. In Essen hatten die Bauarbeiter beschlossen, gemeinsam freie Gewerkschaften und christliche Vereine — an die Stadtverwaltung den Antrag zu stellen, einen Arbeiter als Baueinsichtler zu beauftragen. Die bezügliche Beschlusse, in welcher die gemeinsame Antragstellung durch vorkommenden formulierten Antrag beschlossen wurde, fand im Vereinsrat der christlichen Gewerkschaften und der katholischen christlichen Vereine statt, in einer öffentlichen, sehr stark besuchten Versammlung. Nach Genehmigung der Eingabe an die Stadtverwaltung wurde von Vertretern der freien Gewerkschaften eine Resolution, in der die Brotwucherpolitik empfindliche Verurteilung erfolgt, eingebracht. Sofort nach Einbringung der Resolution sprang der bekannte Streikorganisationsleiter, Hans Lange, auf und forderte die Christlichen auf — ihr eigenes Haus zu verlassen; aber, o weh! Nur Hans Lange und einige Getreuen verließen ihr Vereinshaus und überließen es den Anderen, ungeachtet gegen die Zentrumsvertragspolitik ihr Verbot abzugeben — und einmütig wurde der Protest angenommen.

* Ueber die Bergarbeiter Wöhne, die im zweiten Vierteljahr 1901 in den Hauptbergsbezirken Kreutzes verdient worden sind, veröffentlicht der „M. A.“ eine Zusammenstellung. Daraus ergibt sich, daß infolge der Verschlechterung der Lage der Industrie allein im Steinsolnbergbau der von den Arbeitern verdiente reine Lohn (nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Jubiläums- und Versicherungsbeiträge) gegenüber dem ersten Vierteljahr um mehr als zwei Millionen gesunken ist.

* Die Braunschweigische Regierung hat beim Bundesrat die reichsgesetzliche Regelung der Frauennarbeit in Bergwerksbetrieben beantragt.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist jeben das 52. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Fünf aus Hunderten — Zentrum und Wahlrecht. Von August Erdmann. — Die schwebende Arbeiterbewegung in Oesterreich. Von Dr. F. Soukup (Prag). — Sozialdemokratische Jugendliteratur. Von Otto Marto. — Berliner Theater. Von F. Wehring. — Feuilleton: Schlafwandlernächte am hellen Tage. Von August Strindberg. (Schluß.)

Auf dem Gebiete der billigen Unterhaltungs-Literatur zeigen die uns eben zugegangenen Zeitschriftenhefte 24-28 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen, illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“, wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt als Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Islandfischer“ und „Dombey und Sohn“ und vier rühmten unserer Jern, Probehefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Kolporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle sechs des laufenden Jahrganges von 1 an, mit dem Beginn des Dickens'schen Romans „Dombey“, können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin die „Islandfischer“ ihren Anfang nehmen.

Briefkasten.

* Die Nr. 20 des „L'Operaio Italiano“ erscheint umfände halber erst in der nächsten Woche und wird mit der Nr. 41 des „Grundstein“ zum Versand kommen.

Stogau. Der schon am 24. September hier eingegangene Bericht über die am 4. abgehaltene Versammlung enthält nichts, was für unsere Leser besondere Bedeutung hätte. Er ver-schwindet daher im Dufus unseres Papierkorbes. Schiden Sie die Berichte früher ein.

Streikabrechnungen.

Maurerstreik in Solingen. Einnahme. Aus der Hauptkasse... 6450,-, Bon den brülichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet... 264,15, Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder... 104,-, Vom Zentralcomit6 an Orte... 250,-, Auf Listen in Wald gesammelt... 520, Summa... 6073,35

Ausgabe. Für Streikunterstützung an: Verkehrrathete... 2089,-, Belege... 2200,82, Reiseunterstützung an abgereiste Streikende... 128,85, Fortschaffung Zugereister... 734,86, Verhaltung des Zuguges... 461,86, Rechtschutz und Unterführung Inhabitrierer... 38,90, Flugblätter und Annoncen... 163,50, Porto und Schreibmaterial... 76,63, sonstige Ausgaben... 203,95, Summa... 6073,35

Solingen, den 21. Juli 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Geiur. Worumann, Johann Kessler, Wilhelm Krüger. Für die Streikkommission: Johann Thabor, Herm. Matthes.

Maurerstreik in Wilhelmshaven. Einnahme. Aus der Hauptkasse... 9050,-, Lokalkasse der Zahlstelle... 100,-, sonstige brülichen Fonds... 2000,88, Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder... 1226,50, Sonstige Einnahmen... 6,10, Zurückgezahltes Darlehen... 84,28, Zurückgezahltes Unterführung... 2,-, Zurückgezahltes Reisegehalt... 7,10, Summa... 12395,66

Ausgabe. Für Streikunterstützung an: Verkehrrathete... 7723,-, Belege... 8275,-, Reiseunterstützung an abgereiste Streikende... 964,-, Fortschaffung Zugereister... 242,15, Verhaltung des Zuguges... 84,28, Porto und Schreibmaterial... 25,-, die Belege eines Kommissionsmitgliedes nach Hamburg... 17,90, An die Hauptkasse zurückgehandt... 65,25, Summa... 12395,66

Wilhelmshaven, den 29. August 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisoren: Wüh. Salweland, Karl Leutholtz, C. Offen. Für die Streikkommission: Aug. Bergmann, D. Post, Julius Berliner.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnung für das 3. Quartal 1901.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung für das 3. Quartal sind am Sonnabend, den 28. September, zur Versendung gelangt. Zweigvereinsvorstände und Vertrauensleute, die die Sendung nicht erhalten haben, werden ersucht, davon Mitteilung zu machen. Die Abrechnungsformulare nebst dem Begleit-schreiben sind an die Zweigvereinskassierer und in Sachsen an die Vertrauensleute gesandt.

Zu der Abrechnung selbst machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe bis zum 15. Oktober eingekandt werden muß. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptkasse bestimmten Gelder eingekandt sein. (Siehe auch das den Abrechnungsformularen beigelegte Begleit-schreiben.)

Zur Beachtung für die Revisoren.

Die Revisoren haben eine der wichtigsten Aufgaben in der Organisation, sie sind den Mitgliedern eines Zweigvereins und dem Gesamtverband dafür verantwortlich, daß in dem Kassensystem Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. Die Revisoren sind wenigstens allmonatlich einmal vorzunehmen, jedoch steht es den Revisoren frei, zu jeder Zeit, ohne sich vorher bei dem Kassierer angemeldet zu haben, ihres Amtes zu walten.

Im Hinweis auf die aufzustellende Abrechnung für das 3. Quartal, werden die Revisoren ersucht, ihre Pflicht zu thun. Bei der Revision ist ungefähr folgendermaßen zu verfahren:

1. Feststellung der Einnahmen.

Um die Einnahmen zu ermitteln, ist festzustellen: a) Wie viel Marken und sonstige Wertzeichen der Kassierer seit der letzten Revision erhalten hat und wie groß der Markenbestand bei der vorhergehenden Revision war;

- b) der bei der letzten Revision vorhandene Markenbestand; c) wie viel wöchentliche Beitrags- und Eintrittsmarken seit der letzten Revision verbleibt sind (aus der Zahl der vera-brauchten Marken ist dann die Einnahme für dieselben zu berechnen); d) ob der Kassierer noch sonstige Einnahmen (für den Streik-fonds, für Protokolle, für Kolportage des „Grundstein“ und dergleichen) hatte.

2. Feststellung der Ausgaben.

Bei Feststellung der Ausgaben genügt es nicht, daß das, was der Kassierer im Kassensbuch unter Ausgaben eingetragen hat, zusammengezählt wird, sondern es sind für alle Ausgaben entsprechende Quittungen zu verlangen. Sind Gelder als an die Hauptkasse eingekandt geücht, dann muß die Summe mit einer vom Hauptkassierer oder von der Post ausgestellten Quittung belegt werden können.

3. Feststellung von Kassen- und Markenbestand.

Sind die Einnahmen und Ausgaben ermittelt, dann ist festzustellen, wie viel Geld und Marken der Kassierer in Händen haben muß. Weides haben sich die Revisoren vorlegen zu lassen. Einnahmen und Ausgaben, sowie der vorhandene ein-müßende Kassen- und Markenbestand sind in's Kassensbuch einzutragen, was ungefähr auf folgende Weise geschehen kann: Bei der vorgenommenen Revision am... wurde ermittelt:

- a) Eine Einnahme mit Kassenbestand bei der vor- letzten Revision von... M. b) Eine Ausgabe von... M.

bleibt Bestand M.

Der Markenbestand betrug:

- a) Eintrittsmarken... Stück b) Einheitsmarken... c) wöchentliche Beitragsmarken... d) Streikfondsmarken...

4. Kontrolle der Buchführung.

Bei Kontrolle der Buchführung ist darauf zu achten, ob auch alle Einnahmen und Ausgaben richtig in's Kassensbuch und ob die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge auch richtig in's Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

5. Revisionsbemerkte.

Sind die Bücher richtig geführt und der festgestellte Kassen- und Markenbestand vorgelegt, dann ist dem Kassierer die Richtig-keit der Kassen- und Buchführung im Kassensbuch zu bestätigen. Haben sich bei der Revision Unregelmäßigkeiten heraus-gestellt, dann ist das ebenfalls im Kassensbuch zu bemerken und dem Vorstehenden, sowie dem Verbandsvorstand umgehend davon Mitteilung zu machen.

6. Revision der Quartalsabrechnung.

Bei Revision der Quartalsabrechnung ist, nachdem in oben angeführter Weise die Kassen- und Buchführung revidiert ist, festzustellen, ob die in den Büchern bezeichneten Einnahmen so übertragen sind, wie auf dem Abrechnungsformular vor-geschrieben, und ob die Berechnung der Prozente richtig ist.

Im derselben Weise muß kontrolliert werden, ob die auf den Abrechnungsformularen bezeichneten Ausgaben mit den Büchern übereinstimmen und ob der auf der Abrechnung angegebene Markenbestand richtig ist.

Sind die der Hauptkasse gehörenden Gelder noch nicht ab-gesandt, dann haben die Revisoren dafür Sorge zu tragen, daß dieselben abgeschickt werden.

Protokolle, Organisation der Maurer Deutsch-lands von 1869-1899.

Den Vorständen der Zweigvereine zur Kenntnis, daß von jetzt ab Protokolle und sonstige Prospekturen nicht mehr zurückgenommen werden, da Nachfrage nach solchen leider nicht mehr vorhanden.

Die Beiträge für die Protokolle etc., soweit sie noch nicht entrichtet, sind mit der Quartals-Abrechnung einzufenden.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Tschöke, Freiburg i. B., Bippstadt, Reglin, Hamburg, Dahlen-warsleben, Witzow, Brunsbüttelkoog und Aurich.

Ausgeschlossen

auf Grund § 18 a des Statuts von den Zweigvereinen Wisa: August Schneider (Buch-Nr. 150 988); Nowanow: Franz Wehse (074 527); Friedrichsberg b. Berlin: Sulist Sand-mann (130 011); Brunsbüttelkoog: Jacob Erling (069 206), Carl Voigt (068 078).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen A. Santsen (Buch-Nr. 026 699), Hugo Schuster (163 643), Franz Riekmann (132 744).

Aufgefordert

ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden von den Zweig-vereinen A. H. e. n.: Kollege Friedrich Weit (Buch-Nr. 117 475); K. H. a. u.: Kollege Gustaf Schulze (063 627); A. u. r. i. c. h.: Kollege S. Stöbehr (149 606); früherer Vorsteher des Zweigvereins. Kollegen, denen die Adresse genannter Personen bekannt ist, ersuchen wir, uns davon Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 24. bis 30. September 1901 sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:

Von den Zweigvereinen: **St. II. M. 6800**, Bremer 1900, **Stettin** (für zwei Wachen) 1800, **Witten** a. M. 800, **Stimmischau** 150, **Wahlbarndorf** 101, **Wald** 89,68, **Gräfentonna** 28,05, **Reinsburg** 25,31, **Clöbe** 25, **Wiede** 60, **Wogau** 45,04, **Seefeld** 31, **Gr. Pölsch** 2, **Gröben** 2,78, **Nel** 600, **Schneeberg** in **Gröben** 75,28, **Wilmshaus** a. d. O. 800, **Wipfeln** 131,60, **Deutsch-Wone** 60, **Waldenburg** (zurückgezogene Streckunterstützung) 98,96, **Schnellen** (zurückgezogene Streckunterstützung) 46, **Mainz** (zurückgezogene Streckunterstützung) 71,09, **Summa** M. 11 741,73.

Für Bestrafälle vom 6. Verbandstag in Mainz.
 Gehalt M. 1, Bonn 1,20, **Musleben** 2,60, **Frankfurt** an der **Oder** 30, **Summa** M. 34,80.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an **J. Köster** zu überweisen. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 30. Septbr. 1901.
J. Köster,
 Hamburg-St. Georg, **Dramerstr. 11, I. Et.**

Abrechnung für das 2. Quartal 1901
 des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands,
 in **Hamburg.**

Einnahmen in den Zweigvereinen.

Vom vorigen Quartal am Orte verbliebene Hauptkassengelder M. 2706,11
 An Eintrittsgeldern 4879,—
 inbegriffenen Beiträgen u. Unterstützungsgebern 811880,76
 Zuschuß aus der Hauptkasse 1622,54
 sonstigen Einnahmen für die Hauptkasse 328,69
Summa M. 821267,10

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingekandt für Dienstunterstützung 524,75
 Rechtschutz 840,69
 Gemaßregelunterstützung 2028,67
 Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern 57713,85
 Hauptkassengelder am Orte behalten 2149,34
 Verluste in den Zweigvereinen 13,20
Summa M. 821267,10

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom 1. Quartal M. 1675,62
 An Eintrittsgeldern M. 3,—
 inbegriffenen Beiträgen 174,15
 Einnahmen für Porto 11,60
 188,75
 Aus den Zweigvereinen eingekandt 255436,40
 Von hingelander Streckunterstützung zurückgezahlt 384,47
 An sonstigen Einnahmen 20,—
 Zurückgezogene Kapitalien 164500,—
Summa M. 422105,24

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für Druckarbeiten: 150 000 Statuten usw. M. 5454,50
 Druck, Buchbinderarbeit und Porto für 25 000 Verbandsprotokolle 5001,50
 Anfertigung verschiedener Sorten Marken 1141,—
 Agitation 8613,20
 das Fachorgan „Der Grundstein“ 34830,95
 Quartalsbeitrag an die Generalcommission für das 4. Qtr. 1900 und 1. Qtr. 1901 3210,69
 Delegation und andere Ausgaben zum 6. Verbandstage in Mainz 20123,49
 Zuschuß an Zweigvereine 1522,54
 Rechtschutz für den Vorstand 12,60
 Statistik 767,05
 Kassenrevision in Zweigvereinen 67,10
 Ergänzung der Verbandsbibliothek 31,80
 Prospektur an die Generalcommission Beamtengehälter und Auskünfte im Bureau M. 8309,15
 Revision 54,72
 Vorstandstätigkeit außer d. Bureau 1,50
 Versicherung d. Vorstandsmitglieder 14,58
 Verwaltung des Ausschusses 100,—
 3479,95
 Bureauzeitung und Beleuchtung 804,34
 neue Bureauzeitung 1088,78
 Renovierung des Bureaus 188,02
 neue und veränderte Gesetzbücher 61,50
 Bücher, 165 Verzeichnisse u. 90 Kassendücker 1286,05
 Zweigvereinstempel und Zubehör 297,95
 Bücher und Schreibmaterial 198,95
 Zeitungsabonnement und Fringerlöhn 12,61
 Strauß 21000,—
 Herr **Bank** deleg. 118000,—
 Für Porto: 373 Pakete M. 158,10
 5888 Kreuzbandsendungen 298,80
 Briefporto, Depeschen und Geldverkehr 440,49
 Statutenversendung 48,70
 Befehlsgeld 66,15
Summa M. 416877,81

Bilanz

Einnahme M. 422105,24
 Ausgabe 416877,81
 Kassenbestand M. 5427,43

Hamburg, den 29. Sept. 1901. **J. Köster**, Kassier.
 Reiblich und für richtig befunden von den Revisoren:
S. Marks, Altona.
Wih. Albrecht, Hamburg.

Zentralverankerkasse.
 (Grundstein zur Frömmigkeit)

Sterbetafel des 2. Quartals 1901.

1. Gottlieb Schiedde, Maurer, geb. 12. 2. 67, gest. 24. 3. 1901 zu **Deuth**-Wilmersdorf an Lungenemphysem.
2. August Gwald, Maurer, geb. 8. 11. 50, gest. 29. 3. 1901 zu **Gröben**-Neudorf an Lungenatarrh.
3. Max Steiger, Maurer, geb. 12. 7. 50, gest. 30. 3. 1901 zu **Dresden** an Lungenleiden.
4. Heinrich Schimpf, Steinbauer, geb. 2. 5. 67, gest. 31. 3. 1901 zu **Leuba** an Lungenleiden.
5. Gustav Krahn, Steinbauer, geb. 26. 7. 59, gest. 2. 4. 1901 zu **Dreslau** an Lungenemphysem.
6. Hermann Gönnde, Steinbauer, geb. 17. 12. 57, gest. 2. 4. 1901 zu **Dresden** an Lungenemphysem.
7. Ludwig Mariens, Maurer, geb. 24. 3. 46, gest. 2. 3. 1901 zu **Reitow**.
8. Heinrich Wilschke, Maurer, geb. 8. 6. 78, gest. 4. 4. 1901 zu **Leuba** an Lungenemphysem.
9. Gustav Kumpfer, Maurer, geb. 10. 1. 72, gest. 10. 4. 1901 zu **Wald**-Wilmersdorf an Gehirnhematomus.
10. Richard Hlenfeldt, Maurer, geb. 10. 10. 58, gest. 15. 4. 1901 zu **Reitow** an Lungenleiden.
11. Joseph Kujawski, Maurer, geb. 8. 7. 65, gest. 20. 4. 1901 zu **Bremen** an Nierenleiden.
12. Friedrich Wajda, Maurer, geb. 24. 12. 68, gest. 22. 4. 1901 zu **Reitow** an Lungenemphysem.
13. Heinrich Kneide, Steinbauer, geb. 5. 7. 33, gest. 22. 4. 1901 zu **Kutter** a. B. an Lungenemphysem.
14. Gustav Gorr, Steinbauer, geb. 31. 12. 63, gest. 24. 4. 1901 zu **Alt-Barbau** an Lungenatarrh.
15. Paul Nudobitz, Steinbauer, geb. 25. 1. 60, gest. 27. 4. 1901 zu **Dresden**-Striesen an Lungenleiden.
16. Friedrich Schlotterbeck, Maurer, geb. 2. 11. 51, gest. 1. 5. 1901 zu **Stuttgart** an Infuenza.
17. Karl Ziltan, Maurer, geb. 4. 4. 64, gest. 2. 5. 1901 zu **Soltanau** an Lungenemphysem.
18. Wilhelm Köppig, Steinbauer, geb. 1. 6. 62, gest. 7. 5. 1901 zu **Wald**-Wilmersdorf an Gehirnhematomus.
19. Ernst Selbig, Steinbauer, geb. 10. 7. 66, gest. 8. 5. 1901 zu **Dresden** an Lungenleiden.
20. Emil Hehl, Maurer, geb. 22. 3. 58, gest. 10. 5. 1901 zu **Berlin** durch Sturz.
21. Jacob Deterich, Maurer, geb. 5. 6. 49, gest. 13. 5. 1901 zu **Werben** an Schlaganfall.
22. Andreas Reiner, Maurer, geb. 5. 5. 51, gest. 18. 5. 1901 zu **Stöbberg** i. S. an Magenleiden.
23. Heinrich Müller, Maurer, geb. 12. 7. 41, gest. 22. 5. 1901 zu **Weisenau** an Magenleiden.
24. Wilhelm Hartmann, Maurer, geb. 27. 8. 54, gest. 24. 5. 1901 zu **Heidelberg** an Herzleiden.
25. Peter Bayer, Maurer, geb. 26. 10. 67, gest. 26. 5. 1901 zu **München** an Lungenleiden.
26. Wilhelm Gröben, Maurer, geb. 23. 7. 58, gest. 27. 5. 1901 zu **Berlin** an Gehirnhematomus.
27. Wilhelm Hennig, Maurer, geb. 21. 10. 46, gest. 27. 5. 1901 zu **Berlin** durch Sturz.
28. Heinrich Bartels, Maurer, geb. 23. 9. 43, gest. 30. 5. 1901 zu **Hamburg** an Brustatarrh.
29. Adam Jener, Steinbauer, geb. 29. 1. 40, gest. 30. 5. 1901 zu **Siedelshum** an Lungenatarrh.
30. Johann Reber, Steinbauer, geb. 19. 7. 44, gest. 30. 5. 1901 zu **Stuttgart** an Lungenatarrh.
31. Richard Fürtz, Steinbauer, geb. 1. 4. 64, gest. 1. 6. 1901 zu **Dortmund** an Lungenleiden.
32. Ludwig Mariens, Maurer, geb. 31. 5. 70, gest. 3. 6. 1901 zu **Leitow** an Unterleibsleiden.
33. Friedrich Bergmann, Maurer, geb. 17. 4. 59, gest. 3. 6. 1901 zu **Kiel** an Herzleiden.
34. Karl Frische, Maurer, geb. 19. 1. 49, gest. 4. 6. 1901 zu **Berlin** an Herzleiden.
35. Carl Grätzsch, Maurer, geb. 1. 1. 48, gest. 7. 6. 1901 zu **Hof** an Lungenleiden.
36. Gottlieb Schönmann, Maurer, geb. 12. 8. 47, gest. 8. 6. 1901 zu **Berlin** an Darmleiden.
37. Wilhelm Dietrich, Maurer, geb. 10. 5. 48, gest. 12. 6. 1901 zu **Frankfurt** a. M. an Lungenleiden.
38. Wilhelm Wehlag, Maurer, geb. 11. 2. 56, gest. 13. 6. 1901 zu **Berlin** an Schlaganfall.
39. Heinrich Braker, Maurer, geb. 5. 9. 19, gest. 19. 6. 1901 zu **Flensburg** an Altersschwäche.
40. Albert Sittke, Maurer, geb. 12. 8. 66, gest. 24. 6. 1901 zu **Uetersen** an Gehirnhematomus.
41. Fritz Hüß, Maurer, geb. 10. 12. 33, gest. 26. 6. 1901 zu **Altona** an Nervenleiden.
42. Jacob Spring, Steinbauer, geb. 5. 6. 64, gest. 30. 6. 1901 zu **Wald**-Wilmersdorf an Lungenatarrh.
43. Thomas Fackwitz, Maurer, geb. 26. 4. 44, gest. 4. 7. 1901 zu **Hamburg** durch Ertrinken.
44. Hermann Winter, Maurer, geb. 5. 1. 52, gest. 4. 7. 1901 zu **Reitow** an Mollusksimus.

In der Woche vom 22. bis 28. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in **Berlin** M. 8000, **Wald** 300, **Wald** 300, **Kiel** 300, **Friedrichshagen** 200, **Wald** 200, **Frankfurt** a. M. 100, **Wald** 100, **Leipzig** 100. **Summa** M. 4600.

Zuschuß erhielten: **Flensburg** M. 200, **Halle** a. d. S. 200, **Bremen** 200, **Reitow** 100, **Wald** 75, **Sonnensburg** 25, **Summa** M. 800.

Hildna, den 28. September 1901.
Karl Peik, Hauptkassier, **Friedrichshagen** 28.

Anzeigen.

Gau Dortmund.
 Die Wohnung des Vorstehers **F. Kahl** befindet sich jetzt: **Dortmund**, **Nordstr. 84**, diejenige des Kassiers **H. Behrend**: **Düsselbottstr. 30**. **Summliche** Zuschriften sind an die **erste**, Geldsendungen dagegen an die **letzte** Adresse zu richten. [M. 2,10]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit sie innerhalb einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. Die Zeit löst 10 A.)

- Breslau**. Am 23. September starb unser Verbandskollege **Robert Kreidler** im Alter von 44 Jahren.
Flensburg. Am 20. September starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Hans Assmann** im Alter von 80 Jahren.
Friedrichsrode. Am 19. September starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Verbandskollege **Ernst Schütz** im Alter von 25 Jahren.
Mühlentz b. Berlin. Am Sonnabend, den 14. Sept., starb unser Verbandskollege **Christian Oertel** am Schlaganfall.
Wilmersdorf b. Berlin. Am 26. September verstarb nach 15 monatlicher Krankenlager unser Verbandskollege **Karl Wollschläger** an Lungenkrankheit im Alter von 44 Jahren.
 Ihre ihrem Anbeken!

Sterberegels

ist in der Zeit vom 23. bis 29. Sept. bezahlt worden für nachfolgend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:
 Hermann **Wedem**-Spanbau (Buch-Nr. 88-129), Hermann **Göbe**-Spanbau (143 246), **Nikard** Boigt-Wittenberg (0 102 688), **Otto** Klein-Wolke (186 702), **Wih.** Günther-Berlin I (228), **Aug.** Wilschke-Zehendorf (082 506), **Ferdinand** Men-Hamburg (140 094), **Albert** Guster-Düben (168 706), **H. Guster**-Bruchmühle (089 141), **Hermann** Schumacher-Schlawe (157 019), **Bernhard** Schrotz-Frankenhausen (024 643), **Otto** Friese-Nalzenow (170 912), **Robert** Kreidler-Breslau (150 410), **Emil** Hüter-Crimmitschau (162 689), **Wilhelm** Niechmann-Leipzig (155 388), **Hr.** Dertel-Mühlentz (044 042), **Gustav** Söhne-Wald (91 701), **Heinrich** Grotjens-Hamburg (095 501), **Otto** Weise-Gröbenwald (92 120), **Morris** Müller-Landau i. S. (086 146), **Wilhelm** Goeßke-Berlin II (86 529).

Der Kollege **Christian Heckrodt**, Buch-Nr. 224 786, geboren am 23. 2. 56 zu **Gebirshofen** (Kr. Hammob.), am 30. 9. 1900 in den Verband eingetreten, wird ersucht, seine Adresse dem Zweigverein **Königsberg** i. Pr. mitzutheilen. [M. 1,50]

G. Woltke, Kassier des Zweig. **Königsberg** i. Pr.

Friedrichsberg b. Berlin.
 Sonnabend, den 12. Oktober:
Grosses Herbstvergnügen,
 verbunden mit Tanz und Gratistrio.

Vorträge des **Berliner Ulk-Trio**.
 Hierzu ladet die Kollegen freundlich ein
 Das **Festcomité**.

Guben.
 Der Zweigverein **Guben** feiert am **Sonnabend**, den 5. Oktober, im „**Volksgarten**“ sein [M. 2,70]

*** 4. Stiftungsfest ***
 wozu die Zweigvereine der Umgegend hiermit freundlich eingeladen werden.
 Der **Vorstand**.

Oberhausen (Rheinland).
 Das 5. Stiftungsfest ist wegen **Sofortmangels** und **Androhung** von **Schuldsperre** vorläufig **verschoben** worden.
 Der **Vorstand**.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen bei dem Ereignistage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Zeilen nicht überschreitet, beträgt 20 A. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingekandt werden.)

Verbandsveranstaltungen der Maurer.
Brunshüttelkoog. Regelmäßige Mitgliederversammlung jeden ersten Sonntag und dritten Donnerstag im Monat bei **Otto Heintich**.

Sonntag, 6. Oktober.
Buxtehude. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. **Sammtliche** Mitglieder müssen erscheinen.
Frankenhausen. Nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung im **Wachhaus**. Nachm. 8 Uhr außerordentl. **Maureerversammlung** bei **Carl Junter**. Referent: **W. Schulz**-Berlin. **Alle** Redegänger müssen erscheinen.
Kopitz. Nachm. 4 Uhr im **Vereinslokal** S. **Stolpmann**. T. O.: **Wahl** des 2. **Bevollmächtigten**, d. S. **Kassierers** u. d. **Revisoren**. **Werbung** vom 1. **Quart.**
Neudamm. Nachm. 8 Uhr außerordentl. **Mitgliederversammlung** bei **Herrn** **Schulz**. **Referent**: **Wolff**-Berlin. **Erweisen** nöthig.
Zerbst. T. O.: **Verbandsangelegenheiten**. **Werbung** vom **Sonntage**.

Dienstag, 8. Oktober:
Bitterfeld. Erweisen aller Redegänger ist dringend nöthig.
Cottbus. Referent: **Wolff**-Berlin. **Erweisen** nöthig.
Spandau. Nachm. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei **Wahl**. **Erweisen** aller Mitglieder nöthig.

Mittwoch, 9. Oktober:
Schneldemühl. Nachm. 7 Uhr Mitgliederversammlung bei **Wahl**. **Referent** **Wolff**-Berlin. **Erweisen** aller Mitglieder nöthig.

Donnerstag, 10. Oktober:
Frankfurt a. M. Nachm. 8 Uhr Mitgliederversammlung im **Gewerkhaus**. **Erweisen** **Sammtlicher** Mitglieder dringend nöthig.

Sonntag, 15. Oktober.
 Nachm. 11 Uhr außerordentl. **Mitgliederversammlung**. **Zugordnung** sehr wichtig. **Die** **Redegänger** **Wald** dürfen nicht fehlen.

Druck: **Hamburger Buchdruckerei** und **Verlagsanstalt** **Duer & Co.** in **Hamburg**.